

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
Ernst Thälmann, Berlin.
Telefon: Amt 2540 4100/4101



Abteilung für Druck und Gestaltung:
Berlin 6264, Tele. Wilhelms-Platz 6
Telefon: 6264

Die Redaktion ist in der Gasse...
Der Druck ist in der Gasse...
Der Vertrieb ist in der Gasse...

Berlin, den 25. Nov. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Papen ade.

SPD. Der erste Teil des Kulissenspiels um die Regierungsbildung ist beendet.

Der Zentrumsführer Kaas hat dem Reichspräsidenten am Freitag-Nachmittag mitgeteilt, dass die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung im Augenblick nicht gegeben sei, dass der Wille zu einer derartigen Mehrheitsbildung aber grösser sei als bisher hätte angenommen werden können. Kaas hat den Reichspräsidenten zugleich gebeten unter diesem Gesichtspunkt nunmehr an die Neubildung der Regierung heranzugehen und einem Mann seines Vertrauens einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Der amtliche Bericht über die Unterredung Hindenburgs mit Kaas schweigt sich darüber aus, ob der Zentrumsführer den Reichspräsidenten auch auf die Konsequenzen seines Vorschlags aufmerksam gemacht hat. Wir möchten es dennoch annehmen. Welcher Art diese Konsequenzen sind liegt auf der Hand. Eine Regierung, die nach aussen zwar als "Präsidialkabinett" firmiert, aber im Volke durch ihre Zusammenarbeit mit dem Reichstag eine Stütze sucht, kann nicht mit sondern nur ohne Herrn von Papen gebildet werden. Ein Mann wie Papen wird im Reichstag nie mehr als die Unterstützung der Deutschnationalen finden. Schon sein Name bedeutet eine Provokation für das Volk und für das von ihm gewählte Parlament. Seine nochmalige Ernennung würde nur wieder zu dem Zustande führen, der schliesslich den Rücktritt der Barone zur Folge hatte. Statt einer Enttarnung wäre mit einer neuen Verschärfung der innenpolitischen Lage zu rechnen, deren Ende vorläufig nicht abzusehen ist. Darüber scheint sich neuerdings auch der Reichspräsident Rechenschaft abgelegt zu haben und wenn wir richtig informiert sind, hat er Herrn von Papen bereits am Freitag von dieser Auffassung Kenntnis gegeben. Es hat deshalb gegenwärtig den Anschein, dass Herr von Papen trotz aller Register, die er in den letzten Tagen gezogen und aller Minen, die er gegen Hitler und andere hat springen lassen, zum Leid der Deutschnationalen doch nicht wiederkehrt.

Wer in Zukunft der neue Mann des präsidialen Vertrauens sein wird, soll sich erst am Sonnabend entscheiden. Man spricht von Neurath, der schon seit langem die Gunst des Reichspräsidenten geniesst. Aber ob Neurath oder ein anderer - das wesentliche ist in diesem Augenblick, dass ein Mann an die Spitze des Reiches gestellt wird, der mit dem Papen-System bricht, den Weg zur Verfassung zurückfindet und den ehrlichen Willen hat, nicht gegen sondern mit dem Parlament zu arbeiten. Wir müssen endlich wieder zu verfassungsmässigen Zuständen kommen. Nur so sind auf die Dauer Ruhe und Ordnung gewährleistet. Nur so wird es schliesslich möglich sein, die schweren wirtschaftlichen Schäden, die das Papen-System hinterlässt, langsam wiedergutzumachen. Von diesen Gesichtspunkten aus werden die Bemühungen des neuen Vertrauten Hindenburgs wahrscheinlich nach der Richtung hin gehen, im Reichstag eine

Tolerierungsmehrheit zu suchen. Der Ausgang dieser Bemühungen soll dann bei der Zusammensetzung der neuen Regierung berücksichtigt werden.

Zentrum und Bayerische Volkspartei haben in letzter Zeit wiederholt erklärt, dass sie jede Regierung unterstützen, die das Verfassungswerk von Weimar respektiert und bereit ist, mit dem Reichstag zusammenzuarbeiten. Die Volkspartei hat eine derartige hundertprozentige Zusage bisher nicht gegeben. Als Anhängsel der Deutschnationalen macht sie ihre Entscheidungen jeweils von den Dummheiten des größten Bruders abhängig. Immerhin glaubt der Zentrumsführer Kaas nach seiner gestrigen Unterredung bestimmte Anhaltspunkte dafür zu haben, dass auch die Volkspartei schliesslich eine Präsidialregierung im Reichstag tolerieren wird. Anders die Deutschnationalen. Sie sind zwar für eine Präsidialregierung. Aber sie darf um Gottes Willen keine Stütze im Volk haben. Sie wünschen eine Regierung, die sich wie Papen auf eine kleine Clique stützt, und ihre innere Schwäche hinter dem breiten Rücken Hindenburgs verbirgt. Dass sie zu der erstrebten Tolerierungsmehrheit ohne Zwang stossen, ist jedenfalls nicht zu erwarten. Aber schliesslich benötigt man sie nicht wenn die Nationalsozialisten sich doch noch breitschlagen lassen. Ihre künftige Stellungnahme zu einer neuen Präsidial-Regierung ist das grosse Rätsel. Es birgt die Gefahr in sich, dass man Hitler gegen die Zusicherung eines baldigen Regierungswechsels bestimmte Versprechen für die Zukunft gibt.

Die Aussichten der neuen Präsidialregierung, im Reichstag eine Tolerierungsmehrheit zu finden, sind nicht rosig. Gelingt es dennoch eine derartige Mehrheit zustandezubringen, so würde das im Vergleich zu dem Papen-System insofern einen Fortschritt bedeuten, als diese Mehrheit mit dem Zentrum nur unter der Bedingung erreicht würde, dass mit der Experimentierpolitik der letzten Monate endlich Schluss gemacht wird.

SPD. Frankfurt/M., 25. Nov. (Eig. Drahtb.)

In einer von mehr als zweitausend Personen besuchten Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei erklärte Scheidemann u.a.:

"Der Junker von Oldenburg Januschau hat jüngst gesagt, 'es riecht nach Pulver'. Die Regierung solle sich nicht irremachen lassen, vielmehr den eingeschlagenen Rechtskurs weiter innehalten. Wer zuerst schieesse, werde siegen!" Daran anknüpfend bemerkte Scheidemann unter stürmischem Beifall: "Merkt Euch das. Die Sozialdemokratie will ihr Ziel auf demokratischem Wege erreichen. Versperrt man uns aber diesen Weg, dann müssen wir andere Wege gehen, müssen unsere Kampfmethodik ändern. Wir haben kein Recht tatenlos zuzuschauen, wenn irgendeine 'dünne Schicht' sich herausnimmt, das deutsche Volk rücksichtslos beherrschen zu wollen. Wir haben vielmehr die Pflicht, dem deutschen Volke alle die Rechte, die wir in jahrzehntelangem Kampf errungen haben, zu erhalten oder zurückzuerobern. Wie und wann wir uns umzustellen haben, das ist hier nicht zu erörtern. Notwendigkeit ist jetzt Einigkeit und Vertrauen zur Führung, von der wir voraussetzen, dass sie in der richtigen Stunde die richtige Parole ausgeben wird. Bereit sein ist jetzt alles."

SPD. Paris, 25. November (Eig. Drahtb.)

Der Finanzpolitiker und sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol hat einem Vertreter des "Excelsior" über die amerikanische Antwortnote folgendes erklärt:

"Amerika verlangt von uns, dass wir die am 15. Dezember fällige Schuldentrate zahlen. Ich antworte darauf "Nein", weil das gegen das Recht, gegen die Billigkeit und den guten Glauben verstösst, und weil das unmöglich ist."

Ich sehe nicht ein, warum man uns das verweigern kann, was man von uns zugunsten Deutschlands verlangt hat. Was die endgültige Streichung der Schulden anbetrifft, die Amerika anscheinend von der Befriedung Europas und von der Abrüstung abhängig machen will, so scheint es mir nicht unmöglich, diesen Standpunkt zuzulassen. Auf alle Fälle kann Amerika bei dem gegenwärtigen Stand unserer Finanzen nichts verlangen."

SPD. Frankfurt/M., 25. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Frankfurter Zeitung, die sich seit einem halben Jahre in der Rolle eines Sprachrohrs des Reichswehrministers von Schleicher gefällt, richtet an der Spitze ihrer Freitag-Abendausgabe "Ein Wort an Papen", in dem der bisherige Reichskanzler beschworen wird, zurückzutreten.

Von Papen wird darauf hingewiesen, dass seine Regierung ungeheure Widerstände und heftige Kritik ausgelöst habe. Die kardinale Aufgabe, die Parteien zu beschwichtigen und den Reichstag zu bewegen, sich aus eigener Einsicht für eine Weile zu vertagen, könne nur von einem Manne gelöst werden, der dem Volke mehr und verständlicher sei als Herr von Papen, von einem Manne, dem man glaube, dass er nicht um jeden Preis diktieren will, von einem Manne, der durch sein Vorleben die Garantie biete, die demokratische Verfassung, - selbst, wenn er ihr Gewalt antun müsste - lediglich in eine ruhige Zeit hinüberretten und die Notlage des Parlaments nicht missbrauchen wolle, von einem Manne schliesslich, den keine Partei - am wenigsten die kleine Gruppe um Hugenberg - als "ihren" Mann reklamieren und dadurch ruinieren könne.

SPD. Karlsruhe, 25. November (Eig. Dr.)

Das badische Zentrum veröffentlicht zu dem Konkordatskonflikt innerhalb der Sozialdemokratie folgendes:

"Der erweiterte Landespartei Vorstand und die Landtagsfraktion der Zentrumspartei kamen nach eingehender Beratung einstimmig zu dem Beschluss, dass eine Entscheidung des sozialdemokratischen Parteitages, aufgrund deren die sozialdemokratische Fraktion gegenüber dem Konkordat von der Stimmenthaltung zur Ablehnung übergehen würde, als schwerster Verstoss gegen Treue und Glauben und politische Moral, als Zertrümmerung der Koalitionsgrundlage und damit als Auflösung der derzeit bestehende Regierungskoalition zu betrachten sei."

SPD. Genf, 25. November (Eig. Drahtb.)

Trotz heftigem Widerspruch des Vertreters von Japan hat Lord Lytton seinen Bericht über die Zustände im fernen Osten und über die Mandschukofrage aufrecht erhalten.

Der Ratspräsident de Valera machte am Freitag den Vorschlag, die ganze Frage nunmehr der ausserordentlichen Völkerbunds-Vollversammlung zu überweisen, wobei der Rat das Recht behielte, sich jederzeit darüber auszusprechen. Zugleich ermahnte er die Parteien, nicht bei ihrer unversöhnlichen Haltung zu bleiben. Der Völkerbund verdanke seine Existenz der tiefen Umwälzung der öffentlichen Meinung als Folge des Krieges. Es hiesse diese öffentliche Meinung in völlig unzulässiger Weise provozieren, wenn man den Mechanismus der Erhaltung des Friedens nicht völlig ausnutze und wenn man sein Funktionieren behindern wolle durch mangelhafte Zusammenarbeit der interessierten Staaten.

Der Vertreter Chinas erklärte sich mit dem Ratsvorschlag einverstanden. Er fügte hinzu, jede Lösung sei unannehmbar, die die Mandschuko als selbständigen Staat anerkenne. Der Vertreter Japans will nochmals die Meinung seiner Regierung einholen.

SPD. Der Präsident des alten Reichstags hat den neuen Reichstag zum 6. Dezember 15 Uhr einberufen.

Die Meldung über die Errechnung eines weiteren Reichstagsmandats für die kommunistische Fraktion im Wahlkreisverband Rheinland Nord beruht auf einem Missverständnis. Die Gesamtzahl der kommunistischen Mandate hat keine Erhöhung erfahren. Es ist auch keinerlei anderweitige Verrechnung von Reststimmen erfolgt.

SPD. Stralsund, 25. November (Eig. Drahtb.)
Im Negaster Prozess beantragte der Oberstaatsanwalt am Freitag gegen die Angeklagten, - fast ausschliesslich Mitglieder der Eisernen Front - 77 Monate Gefängnis. Die höchste Strafe wurde für den Landarbeiterführer Toepper mit 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis beantragt, während sich die übrigen Strafanträge zwischen 4 und 10 Monaten Gefängnis bewegen. Das Urteil ist im Laufe des Sonnabend zu erwarten.

Im Verlauf der Beweisaufnahme wurden hohe Regierungsbeamte, der Regierungspräsident, der Regierungs-Vizepräsident und ein Regierungsrat der früheren Stralsunder Regierung sowie zwei Landräte vernommen, deren Aussagen sich zum Teil gegen die von der Staatsanwaltschaft aufgestellte Behauptung richteten, nach der die Eisernen Front planmässig ihre Mitglieder im Negaster Kinderlager zusammengezogen habe, um Hitler und seinen Anhängern aufzulauern. Bei dem Lokaltermin in Negast wurden Schiessversuche unternommen, um zu prüfen, aus welcher Richtung die Schüsse seinerzeit gefallen sind und um einen Anhaltspunkt dafür zu erhalten, dass der sozialdemokratische Lehrer Krull von Polizei kugeln getötet wurde.

SPD. Im September hatte Philipp Scheidemann einem französischen Korrespondenten ein Interview über die politische Lage in Deutschland gegeben. Unter dem Titel: "Scheidemann und Wilhelm II" ist ein vollkommen verfälschter Inhalt dieser Unterredung in der ausländischen sowie in der deutschen Presse erschienen. Scheidemann soll gesagt haben, er bezweifle, dass es heute noch in Deutschland Menschen gäbe, die bereit seien die Republik zu verteidigen und die Rückkehr der Hohenzollern zu verhindern. Hierzu erklärt Scheidemann: "Kein verständiger Mensch wird mir eine derart blöde Redensart zutrauen." Damit ist die von der Hohenzollernpropaganda aus durchsichtigen Gründen verbreitete Schwindelnachricht als Ente gekennzeichnet.

SPD. Paris, 25. November (Eig. Drahtb.)
In der Donnerstag-Nachtsitzung der Kammer, die sich mit den Luftfahrt-Skandalen beschäftigte, kam es vor der Annahme der bereits gemeldeten Entschliessung zu einer heftigen Debatte.

Die Sitzung begann mit einer Rede des Berichterstatters des Luftbudgets, des Abgeordneten der radikalen Linken Delasalle, der einen Bericht zweier nach Südamerika entsandter Kontrollbeamten verlas, in dem festgestellt wird, dass der frühere Finanzminister Flandin der Rechtsberater von zwei südamerikanischen Tochtergesellschaften der Aeropostale war. Flandin versuchte sich damit zu rechtfertigen, dass beide Gesellschaften völlig unabhängig von der Aeropostale seien und seine Beratungen sich nur auf juristische aber nicht auf finanzielle Fragen bezogen hätten. Nach dieser kläglichen Verteidigung ging Flandin zum Angriff über und beschuldigte die Sozialisten, die Skandale nur heraufzu-

schworen zu haben, um ihre Verstaatlichungsideen durchzuführen und damit ihren Einfluss auf die Regierung zu verstärken.

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel griff Flandin und den früheren Luftminister Dumesnil an, der den vorher erwähnten Bericht aus Kollegialität gegenüber seinem Kollegen habe verschwinden lassen, wodurch sich die Langsamkeit der gerichtlichen Untersuchung über die Bilanzfälschung bei der Aeropostale erkläre. Dem Abgeordneten Flandin warf der Redner vor, dass er noch im August dieses Jahres dem verhafteten Bouilloux-Lafont juristische Ratschläge erteilt habe. Renaudel schloss seine Rede mit der Erklärung, dass er sich über den Angriff Flandins gegen die Sozialisten freue. Denn jetzt habe die Rechte den Wortführer wiedergefunden, den sie verdiene.

Diese Angriffe veranlassten Flandin zu einer zweiten Rede, in der er Léon Blum persönlich angriff. Er warf ihm vor, der Rechtsberater einer grossen Industriefirma gewesen zu sein, ferner soll er in einer Kriegsgewinnler-Affäre zugunsten eines grossen Pariser Bankhauses und in einer Steueraffäre interveniert haben, bei der es sich um eine Steuerstrafe von drei Millionen Francs gehandelt habe. Léon Blum widerlegte sofort diese Behauptungen. Er sei, so erklärte er, niemals Rechtsberater einer Industriefirma gewesen, sondern habe nur einmal für sie plädiert. Von der Affäre des Bankhauses habe er überhaupt keine Kenntnis und was die dritte Angelegenheit betreffe, so gebe er zu, dass er beim Finanzministerium vorstellig geworden sei, weil er über eine der betreffenden Person zugefügte Ungerechtigkeit empört gewesen sei.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

"Der Reichspräsident empfing am Freitag-Nachmittag um 17 Uhr den Führer des Zentrums, Prälat Kaas, der ihm über seine Besprechungen mit den Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit des Reichstages berichtete.

Prälat Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der genannten Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie, ebenso wie die Zentrums-partei, bereit seien, sich an Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen. Diese Frage ist von den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei hat die Beteiligung an solchen Beratungen als in Widerspruch mit der Gesamthaltung seiner Partei stehend nicht zugesagt. Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erklärte, an sich entspreche die Feststellung der sachlichen Grundlagen für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Ueberzeugung, dass auch einem positiven Ergebnis der sachlichen Beratungen seitens einflussreicher Stellen keine Folge gegeben würde, halte er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr für vertretbar.

Auf Grund dieser Feststellungen bat Prälat Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Fühlungnahme mit den Parteien absehen zu dürfen. Der Herr Reichspräsident dankte dem Prälaten für seine Bemühungen."

Es ist anzunehmen, dass der Reichspräsident nun von jedem weiteren Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung absehen und spätestens am Sonnabend einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung einer Präsidialregierung beauftragen wird.

SPD. Stuttgart, 25. Nov. (Eig. Drahtb.)

Auf einen Antrag des württembergischen Landtags, die letzten Notverordnungen, die insbesondere neue steuerliche Belastungen enthalten, aufzuheben hat die württembergische Staatsregierung ablehnend geantwortet.

Staatspräsident Bolz begründet die ablehnende Haltung damit, dass das Staatsministerium seiner Pflicht und Verantwortlichkeit entgegenhandeln würde, wenn es die Notverordnungen ohne gleichwertigen Ersatz zur Ausgleichung des Fehlbetrages im Staatshaushaltsplan zurücknehmen würde. Die Aufnahme einer Staatsanleihe zur Deckung des Defizits komme, abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken gegen eine solche Massnahme, nach den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Anleihemarkt nicht in Betracht. Da auch andre im Rahmen der reichsrechtlichen Vorschriften möglich und gangbare Wege zur Sicherstellung der Haushaltsführung nicht bekannt geworden seien, so wäre nicht nur die unverzügliche Inkraftsetzung der Notverordnungen unumgänglich notwendig gewesen, sondern ihre auch nur zeitweise Ausserkraftsetzung könne nicht verantwortet werden.

SPD. Das Preussische Staatsministerium (Regierung Braun) hat am 24. November Richtlinien über die Weiterführung der Geschäfte beschlossen, in denen einleitend festgestellt wird, dass nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs allein Ministerpräsident Dr. Braun und die preussischen Staatsminister die preussische Staatsregierung, die preussische Landesregierung und das preussische Staatsministerium bilden. Es heisst in dem Erlass u.a.:

Sitz des Staatsministeriums und des preussischen Ministerpräsidenten als Behörde ist, solange das Gebäude Wilhelmstrasse 63 für das Staatsministerium nicht freigegeben ist, bis auf weiteres zufolge der Verordnung vom 18. November 1932 das Dienstgebäude Leipzigerstrasse 3. Alle an das preussische Staatsministerium oder den preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Briefe sind ungeöffnet dem Büro des Staatsministeriums Leipzigerstrasse 3 zuzuleiten. Vertretender Beamter für den Ministerpräsidenten und das Staatsministerium als Behörde ist Ministerialdirektor Dr. Brecht, der in Vertretung zeichnet. Ihn vertreten bei Behinderung die Ministerialdirektoren Dr. Badt und Cossmann.

Es wird dann darauf hingewiesen, dass die Minister Dr. Steiger, Dr. Schreiber, Dr. Schmidt, Dr. Klepper und Grimme ihren bisherigen Amtssitz behalten und durch die Staatssekretäre ihrer Ministerien in der üblichen Weise vertreten werden. Der Minister des Innern Dr. Severing wird bis auf weiteres, soweit nichts anderes bestimmt wird, ebenso wie der Ministerpräsident vertreten. Die Vertretung des Landes Preussen im Reichstag wird in der bisher üblichen Weise durch den Ministerpräsidenten und die Staatsminister sowie in ihrer Vertretung durch die Hauptbevollmächtigten zum Reichsrat ausgeübt, in Einzelfragen nach besonderer Verständigung durch die übrigen zuständigen Beamten. Die Vertretung des Landes Preussen im Reichsrat wird in der bisher üblichen Weise durch die stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat ausgeübt. Stimmführender Bevollmächtigter Preussens zum Reichsrat ist Min. Dir. Dr. Brecht. Seine Vertreter der Stimmführung sind die Min. Dir. Dr. Badt und Cossmann. Inwiefern Reichsratssachen in weiterem Umfang als bisher zum Vortrag beim Minister zu bringen sind, regelt jeder Minister für seinen Geschäftsbereich. Die sonstige Vertretung des Landes Preussen gegenüber dem Reiche geschieht, soweit sie nicht vom Ministerpräsidenten oder von den Staatsministern persönlich oder durch besondere Vertreter wahrgenommen wird, in der üblichen Weise durch die Staatssekretäre und Beamten der Ministerien im Namen des Staatsministers.

Alle Beamten dürfen als Vertreter des Staatsministeriums, der Staatsregierung, des Ministerpräsidenten und eines Staatsministers gegenüber dem Reichstag, Reichsrat, Landtag und Staatsrat sowie in Vertretung des Landes Preussen gegenüber dem Reich und den anderen Ländern nur Ansichten vertreten,

die den allgemeinen oder besonderen Anweisungen des Ministerpräsidenten oder der zuständigen Staatsminister entsprechen. In Zweifelsfällen haben sie sich durch Vortrag hierüber Gewissheit zu verschaffen. Wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen der Staatsregierung und den Kommissaren des Reiches bestehen, kann über die Stellungnahme der Kommissare, so weit nicht besondere Anordnung erfolgt, sachliche Auskunft gegeben werden.

Alle Beamten werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es ihnen nicht gestattet ist, namens der "Staatsregierung", der "Landesregierung", des "Preussischen Ministerpräsidenten" oder der "Preussischen Staatsminister" mündlich oder schriftlich Erklärungen abzugeben, die in Wirklichkeit in Vertretung der Kommissare des Reichs und nicht in Vertretung des Staatsministeriums oder der Staatsminister erfolgen. Es ist ihnen ferner nicht gestattet, in mündlichen oder schriftlichen Erklärungen von der "kommissarischen Staatsregierung" zuspochen, da nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs an die Stelle der Landesregierung auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden kann.

In einer Anlage zu den Richtlinien wird festgestellt, dass der Staatsgerichtshof nicht alle der Landesregierung verbliebenen Rechte ausdrücklich aufgezählt habe. Nach Auffassung der Staatsregierung gehören zu den unübertragbaren organisatorischen Rechten der Länder u.a. die Vorschriften der Reichsverfassung darüber, dass die ordentlichen Gerichte Landesgerichte sind. Daraus und aus den Grundsätzen der Landeshoheit wird gefolgert, dass die von den Gerichten verhängten Strafen dem Begnadigungsrechte der Landesregierung unterliegen.

Die Staatsregierung, so heisst es in dem Erlass schliesslich, hält es zum mindesten für äusserst zweifelhaft, ob das Begnadigungsrecht aufgrund des Art. 48 Abs. II von den Zuständigkeiten des Landes abgetrennt und auf einen Reichskommissar gegen den Willen der Landesregierung übertragen werden kann, zumal über die Begnadigung Verträge mit anderen Ländern bestehen. Ferner gehört nach Ansicht der Staatsregierung zu den 6 unübertragbaren Befugnissen, die der Staatsgerichtshof ausdrücklich aufzählt, untrennbar auch die Befugnis, selbständig über die zur Ausübung dieser Befugnisse erforderlichen Hilfsmittel persönlicher und sachlicher Art zu verfügen.

SPD. Köln, 25. November (Eig. Drahtb.)

Die Wiener Arbeiterzeitung hat der "Rheinischen Zeitung" anlässlich ihres Verbots folgende Sympathiekundgebung übermittelt:

"Das Verbot der rheinischen sozialdemokratischen Blätter hat mehr Klarheit über den Kampf verbreitet, den die deutsche Arbeiterschaft jetzt zu führen hat als viele Artikel erreichen können. Aber gerade am Rhein besteht eine glorreiche Tradition des Freiheitskampfes gegen die Willkür der Herrschenden. Die "Rheinische Zeitung" wird sich ihrer würdig erweisen. Verfolgung bringt Ehre, Kampf bringt Kraft. Euer Sieg wird auch unser Stolz sein."

SPD. Die Reiniger Deutschlands und die Preisfechter für Sauberkeit und Ehrlichkeit haben eine neue schwere Panne erlitten. Sie reiht sich würdig an den Korruptionssumpf in den Braunen Häusern und darf sich auch mit dem Deva-heimskandal, mit Raiffeisen, Evangelischer Zentralbank usw. usw. messen. Diesmal haben die Scheinwerfer einer Verhandlung der Strafkammer des Berliner ersten Landgerichtes in den Betrieb der vom "Stahlhelm" geleiteten "Vaterländischen Winterhilfe" hineingeleuchtet. Was dabei zutage getreten ist, muss jedes "nationales" Herz tief erschüttern.

Im Jahre 1931 war vom "Stahlhelm" und 30 "vaterländischen" Organisationen

die "Vaterländische Winterhilfe" gegründet worden. Ihre Leiter sind die Prominenten des "Stahlhelm": Generaloberst v. Heye, der frühere Reichswehrminister, der bekannte Major a.D. und Herrenklüber v. Stephani und Major a.D. von Sodenstern, ehemaliger Chefredakteur der erzreaktionären Berliner "Deutschen Zeitung". Ihr Buchhalter und Untergebener in der "Winterhilfe" war der Kaufmann Ernst Mader. Von irgend einer Buchführung und Rechnungsablage war jedoch keine Rede. Es wurde der Klingelbeutel für die Armen und Notleidenden geschwungen, einkassiert und ausgegeben, aber ohne jede Kontrolle. So kam es, dass plötzlich Gelder verschwunden waren und Mader wegen Unterschlagung von 6000 Mark angezeigt wurde. Er nahm die Schuld auf sich und erhielt vom Schöffengericht zehn Monate Gefängnis. Er legte Berufung ein. Vor der Strafkammer hat er diesmal sein Geständnis widerrufen und ausgepackt. Diemal hat er jede Rücksicht fallen lassen. Er beschuldigt seinen früheren Arbeitgeber, den Major v. Sodenstern, dass dieser die fehlenden Gelder über einen Geheimfonds von der "Vaterländischen Winterhilfe" an den "Stahlhelm" geleitet habe. Für sich selbst will Mader nur einhundert Mark unrechtmässig entnommen haben.

Der als Zeuge vernommene Sodenstern bestritt zunächst Maders Angaben. Als er aber von dem Verteidiger in die Zange genommen wurde, musste er zugeben, dass er sich wiederholt von Mader grössere Summen privat nach Hause hat schicken lassen. Eines Tages liess er auch seiner auf der Strasse wartenden "Braut" aus der Kasse der Winterhilfe 150 Mark hinunterschicken. Eine Spende von 5000 Mark für die Winterhilfe wurde wie folgt aufgeteilt: 1000 Mark erhielt die Nazi-Winterhilfe, 200 Mark bekam Mader und 3800 Mark liess sich Sodenstern auf sein Bankkonto bei der Evangelischen Zentralbank überschreiben. Bei einem in Berlin für die Winterhilfe veranstalteten "Fridericus-Abend" brachte eine Tombola 2000 Mark. Das Geld bekam der Stahlhelm. Die Winterhilfe hatte noch ein Defizit von 14 Mark.

Generaloberst v. Heye, der Kassierer der Winterhilfe, erklärt vor Gericht seine ganze Tätigkeit habe darin bestanden: Aufrufe für Spenden zu unterzeichnen und seinen Namen für das Postscheck-Konto herzugeben. Mehrfach habe er auch Blanko-Schecks für Sodenstern unterzeichnet.

Nach heftigem Krach zwischen Mader und Major v. Sodenstern, beschloss das Gericht, diesen nationalen Mann und Bekämpfer des "Systems und des Marxismus" wegen Verdacht der Mittäterschaft nicht zu vereidigen. Maders Strafe wurde auf sechs Monate Gefängnis herabgesetzt. In der "nationalen" Presse ist ein Bericht über diesen Augiasstall im nationalen Lager vergeblich zu suchen.

SPD. Paris, 25. November (Eig. Drahtb.)

Am Freitag-Nachmittag beschäftigte sich ein Kabinettsrat mit der amerikanischen Antwortnote zur Schuldenfrage und mit den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Am Sonnabend findet ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik statt, in dem ein Beschluss über die Amerika gegenüber einzunehmende Haltung gefasst werden dürfte. Herriot hat die Absicht, am Donnerstag nach Genf zu reisen, um an der Fünfmächtekonferenz über die Abrüstungsfrage teilzunehmen.

SPD. Die Freitagsitzung des Landtags erhielt ihr Gepräge durch eine grosse Anklagerede des Sozialdemokraten Dr. Hamburger. Drei Schuldige setzte er auf die Anklagebank.

Zuerst die Nazis. Sie haben die Kommissarsregierung herbeigeführt und ihren Rechtsbrüchen zugejubelt, solange es nur gegen Sozialdemokraten ging.

An das Recht appellieren sie erst seit die Kommissare ihnen den Platz nicht räumen. Die Nationalsozialisten haben mit allen Mitteln der Gewalt, der Drohung, der List und des diplomatischen Verhandelns nach der Staatsmacht gestrebt und sie nicht erreicht. Hitlers Wintermärchen ist ebenso zerstört worden wie sein Sommernachtstraum; nur der Widerspenstigen Zähmung wird noch mit ihm vom Reichspräsidenten gespielt. Die Sozialdemokratie hat dem Faschismus den Weg zum Sieg versperrt, und niemals wird in Deutschland das Dritte Reich kommen.

Der zweite Angeklagte waren die Deutschnationalen. Zehn Jahre lang haben sie in allen Tonarten Grösse und Herrlichkeit Preussens verkündet. Seit sie durch Kommissare gegen Arbeiter und Beamte regieren, haben sie Preussens Rechte stückweise verkauft und preisgegeben, Preussen entmachtet und verraten. Als verschwindende Minderheit suchen sie ihr Monopol auf die preussische Verwaltung durchzusetzen und das arbeitende Volk in den alten Stand Bürger zweiter Klasse zurückzudrängen.

Die schwerst Belasteten aber sind die Kommissare selbst. Von Rechtsverletzung zu Rechtsbruch schreitend haben sie Ruhe und Ordnung nicht wieder hergestellt. Aber sie haben als sogenannte Verwaltungsreform alles zerstört, was die Sozialdemokratie an Fortschritten für das arbeitende Volk durchgesetzt hatte: Sozialversicherung, Heimarbeiterschutz, Erwachsenenbildung, Volksbibliotheken usw. usw. Die finanzielle Not ist unter ihnen in Staat und Gemeinde riesenhaft vergrössert und droht Katastrophen an. Staatskommissare in Preussen und nationalsozialistische Minister in den Ländern laufen um die Welt zur Zerstörung jedes Rechtsempfindens und zur Vernichtung jeder sozialen Lebensmöglichkeit.

Von dem Zustand völliger politischer Verwirrung, der bei den Nazis herrscht, legte die Tatsache beredtes Zeugnis ab, dass sie auf diese Anklage kein Wort der Erwiderung fanden und an der politischen Aussprache überhaupt nicht teilnehmen. Lediglich die Kommunisten unternahmen eine Entlastungs-offensive für Herrn Bracht, indem sie durch einen selbst für kommunistische Verhältnisse aussergewöhnlich unbegabten Redner die Sozialdemokratie beschimpfen liessen.

Erst in der anschliessenden Aussprache über das Wachsen der sozialen Not versuchte der Nazi-Hinkler, bekanntlich ein wegen Geistesschwäche pensionierter Lehrer, durch Wiederaufwärmung sämtlicher Nazi-Versammlungsphrasen die Situation zu retten. Als dann die sozialdemokratischen Abgeordneten, Frau Christmann und Frau Wachenheim den Nationalsozialisten ihre Schuld gerade auf sozialem Gebiet vorhielten, verliess die ganze Nazifraktion Hals über Kopf den Sitzungssaal: eine Auseinandersetzung vertrug die Wackligkeit ihrer Stellung nicht mehr. Mit allem Nachdruck und in voller Uebereinstimmung betonten die sozialdemokratischen Redner, dass die Wiederherstellung eines arbeitsfähigen Parlaments Voraussetzung der sozialen Erneuerung und des sozialen Fortschritts ist. Voraussetzung auch dafür, dass der arbeitende Mensch überhaupt wieder zu seinem Recht kommt.

Nachdem der Sozialdemokrat Fechner die drängende Finanznot der Gemeinden eindringlich dargestellt hatte, wurde der Rest der Aussprache - Amnestie für die Vergehen beim BVG-Streik - auf Sonnabend vertagt.

SPD. Paris, 25. November (Eig. Drahtb.)

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund (CGT) hat eine öffentliche Kundgebung erlassen, die im Hinblick auf die bevorstehende Budgetdebatte in der Kammer gegen jede Herabsetzung der Löhne und Gehälter protestiert. Die CGT erklärt, eine mehr als zweijährige Erfahrung habe gezeigt, dass die Herabsetzung der Löhne und Gehälter überall zu einer Verringerung der Kaufkraft geführt hat und dass das Endergebnis nur die vollkommene Zerstörung der Wirtschaft und der Zivilisation sein könne.

Aus aller Welt

Leben ohne Geld.

40 000 ...

... in ...

SPD. New-York, Mitte Nov. (Eig. Ber.)

Die nordamerikanische Stadt Seattle und ihre Umgebung lebte bisher von Fischfang, Landwirtschaft und dem Reichtum ihrer grossen Wälder. Heute fehlen die Käufer für die gewonnenen Produkte, und so verfaulen tausende von Baumstämmen in den Sägewerken und Schuppen, lagern unzählige Büchsen Lachs in den Magazinen, während Gemüse und Kartoffeln auf dem Felde verderben. Dabei hungern viele tausend Männer, Frauen und Kinder.

Die "Vereinigung der Arbeitslosen"

Angesichts dieser Zustände haben die Erwerbslosen von Seattle eine Selbsthilfeorganisation gegründet, die "Vereinigung der Arbeitslosen", die heute bereits mehr als 40 000 Mitglieder zählt. Das in den Sägewerken lagernde Holz ist fremdes Eigentum und darf nicht angetastet werden, aber in den nahen Wäldern sind noch genügend Bäume; der unverkäufliche Büchsenlachs gehört zwar den Fischereien, aber der Ozean hat noch mehr Fische. Die Eigentümer der Wälder gaben schliesslich der Arbeitslosenvereinigung die Erlaubnis zum Holzschlagen, und die Bauern gestatteten, ihre Kartoffeln zu ernten und das unverkäufliche Gemüse und Obst. Grosszügige Spender stellen die Transportmittel: der Verproviantierungsplan konnte aufgestellt werden. In der Vereinigung jedoch sind fast alle Berufe vertreten. In leerstehenden Räumen wurden Werkstätten eingerichtet, und alle arbeiteten - ohne dass man Geld sieht. Nur mit Arbeit wird bezahlt. Arbeitsprodukt wird gegen Arbeitsprodukt getauscht.

Verteilungsstellen

In einem der 22 Räume der "Zentrale", einem ehemaligen Automobilmagazin, gelangen die Lebensmittel zur Ausgabe. Hier werden die Namen der Bedürftigen und die Menge der täglich zur Verteilung gelangenden Waren genau registriert. Der Wert darf für eine 4köpfige Familie wöchentlich nicht mehr als 2 Dollar 16 cents betragen. Kinder bekommen nach Möglichkeit Milch, Gemüse und Obst. Eine Ambulanz gewährt ärztliche Hilfe. Schliesslich ist noch eine Verteilungsstelle für Brennmaterial geschaffen. Alles ist glänzend organisiert. Die gut eingerichteten Büros sind das Werk arbeitsloser Bau- und Möbeltischler.

Mit dem beginnenden Winter hat die "Vereinigung der Arbeitslosen" ihr Tätigkeitsfeld ausgedehnt. In einer alten Garage wurden Werkstätten untergebracht, eine Tischlerei, eine Schusterwerkstatt, eine Schneiderstube, ein Friseursalon und eine Autoreparaturanstalt. Hier werden auch die Transportwagen der Union repariert, die das Holz und die Lebensmittel heranschaffen, bisweilen aber auch zum Krankentransport dienen müssen. Aber der Friseur ist in seiner Tätigkeit etwas beschränkt - er kann nur Haare schneiden, zum Rasieren fehlt ihm das fliessende Wasser.

Die letzte Rettung

Bei der Lösung der Wohnungsfrage steht die Union noch vor einer schweren Aufgabe; aber sie hat schon häufig durch energisches Einschreiten geholfen. Als z.B. einmal eine aus dem Entbindungsheim entlassene Frau ihre 5 Kinder und das gesamte Mobiliar auf der Strasse vorfand, holte der Ehemann sich Hilfe

bei der Union und schaffte mit 20 Arbeitslosen die Möbel wieder in die Wohnung zurück. Als sich der Hauseigentümer an die Polizei wandte, weigerte sie sich, einzuschreiten. Auch wenn Licht oder Wasser wegen Nichtbezahlung gesperrt wurden, hat die Union der Arbeitslosen eingegriffen und schon oft ihren Mitgliedern aus schwierigen Situationen herausgeholfen.

Der Kongress fordert

Dem Beispiel der Union der Arbeitslosen von Seattle sind nun schon mehrere Nachbarstädte gefolgt. So ist u.a. ein Verband aller Arbeitslosenvereinigungen des Staates Washington gegründet worden, der bereits seinen ersten Kongress abgehalten hat. Es wurde die Einrichtung eines Tauschsystems zwischen Arbeitslosen des Landes und der Stadt gefordert, mit dessen Durchführung auch bereits begonnen worden ist: die Bauern haben ihre Produkte bereits im Austausch gegen Schuhe, Kleider und dergleichen geliefert. Ein weiterer Beschluss jenes Kongresses verbietet den Vereinigungen, sich politisch festzulegen und bestimmt, dass bei kommenden Wahlen für den Kandidaten zu stimmen ist, der zur Lösung der Wirtschaftskrise das geeignetste Programm vorzuweisen hat.

Dr.K.

Der lebenslustige Aelpler. Am kommenden Dienstag beginnt in Dresden der Prozess gegen den langjährigen Kassierer Ansohl des rechtsradikalen "Deutsch-österreichischen Alpenvereins, Sektion Dresden". Ansohl hat weit über 100 000 Mark unterschlagen. Er zeigte bei den Kassenprüfungen jeweils Bankbücher über hohe Summen vor, die er selbst eingetragen hatte. Den Kassenprüfern fiel es jahrelang nicht ein einziges Mal ein, bei den Banken nachzufragen, ob die Ansohl'schen Eintragungen mit den Buchungen der Banken übereinstimmen.

Heinrich Sklarz verhaftet! Am Freitag wurde in Berlin der steckbrieflich verfolgte Kaufmann Heinrich Sklarz festgenommen. Sklarz war im Jahre 1926 wegen Betruges zu 1 ½ Jahren Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Immer wieder verstand er den Strafantritt hinauszuschieben. Bereits im August ds.Js. sollte er zur Strafverbüßung inhaftiert werden - er hatte es aber verstanden, sich diesem Schicksal rechtzeitig durch die Flucht zu entziehen.

Das Interesse der Gerichtsbehörden an der Ergreifung von Sklarz war umso grösser, als nach und nach neue Strafanzeigen gegen ihn einliefen. Eine Spur führte nach Paris; aber als ein Berliner Kriminalkommissar in der französischen Hauptstadt eintraf, war Sklarz bereits wieder abgereist. Nun schritt die Staatsanwaltschaft zur Beschlagnahme des gesamten Vermögens seiner Firma und seiner Tochtergesellschaft, als deren Inhaber seine Ehefrau und seine Tochter Paula zeichneten. Paula Sklarz wurde schliesslich wegen Verdachtes der Begünstigung festgenommen. Ausserdem wurden alle Freunde und Bekannte des Gesuchten beobachtet; ferner ist jeder Brief, an der an Frau Sklarz, an Paula Sklarz oder an die fingierten Firmen "Schreiber G.m.b.H." oder "Tramacine G.m.b.H." gerichtet war, heimlich geöffnet worden. So gelangte man auf die Spur eines in einem möblierten Zimmer in unmittelbarer Nähe des Berliner Kriminalgerichts wohnenden "Herrn Blumenstein", der sich durch besonders rege Korrespondenz verdächtig machte. Es war der gesuchte Betrüger. Er wurde ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert.

Abgelehnt... Die Bonner Strafkammer hat das Wiederaufnahmeverfahren im Falle Dr. Richter, der im Jahre 1929 wegen Giftmordes an der Krankenschwester Mertens zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde, ist abgelehnt worden.

An der Landstrasse... In einem Strassengraben in der Nähe von Gross-Wusterwitz (Provinz Sachsen) fand man den Leichnam eines bis zum Skelett abgemagerten Landarbeiters. Der Tote wurde als ein polnischer Staatsangehöriger identifiziert, der nach seinen Papieren einige Jahre in Belgien gewesen zu sein scheint. Arbeitslosigkeit oder auch Sehnsucht hat ihn offenbar nach seiner Heimat getrieben; in seinen Taschen befand sich nur ein geringer Bestand belgischen Geldes.

Die Verräter. Im Leipziger Landesverratsprozess Bullerjahn wird der Vorsitzende am Sonnabend möglicherweise den Beschluss der Beweisaufnahme verkünden. Inzwischen hat der Berliner Chauffeur Karl Gollas seine von der Verteidigung angekündigte wichtige Zeugenaussage gemacht: es seien kurz vor Weihnachten 1922 an ihn als den bei der Interalliierten Kontrollkommission beschäftigten Chauffeur zwei Männer mit einer Anfrage nach Leutnant Jost herangetreten; sie hätten erklärt, dass sie heimlich Waffen von Wittenau nach Tegel und Reinickendorf transportierten, würden aber bedauert haben, dass die englische Kommission für ihre Weisheit kein Interesse zeige. Der Zeuge will dann die beiden Männer gefragt haben: "Wissen Sie denn nicht, dass für solche Meldungen das Polizeipräsidium in Berlin zuständig ist?!" - worauf er die Antwort bekommen hätte: "Sind Sie denn noch so dumm, die stecken doch unter einer Decke." Es seien dann zwei französische Schreiber hinzugekommen, die die beiden Männer zu Leutnant Jost gebracht hätten.

Bestien. In La Doye (nahe dem französischen Normandiestädtchen Avranches) wurde dieser Tage ein Ehepaar verhaftet. Der Mann hat seinen Schwiegervater mit einer Axt erschlagen; dann haben er und seine Frau ihre fünfjährige Tochter Margot als den einzigen Zeugen der Tat im Walde erhängt. Die Mutter des Kindes ~~verband~~ ihrer Tochter die Augen, während der Vater die Kleine an einem Ast aufknüpfte. Die Frage des Gendarmen, ob das Kind geweint habe, beantworteten die vertierten Eltern mit den Worten: "Nein, es verstand gar nicht, was mit ihm geschehen sollte."

Der Todestanz. In Elizabeth (New Jersey, USA) brach ein Dauertänzer nach 47 Tagen und 19 Stunden ununterbrochenen Tanzes tot zusammen.

Geheimbrennerei. In Hilgen (Rheinland) wurde eine Geheimbrennerei entdeckt und ausgehoben. Seit dem Jahre 1926 sind hier für etwa 150 000 bis 200 000 Liter Alkohol schwarzgebrannt worden. Der Pächter der Brennerei und zwei Gehilfen wurden verhaftet, die Sprit- und Branntweinvorräte beschlagnahmt.

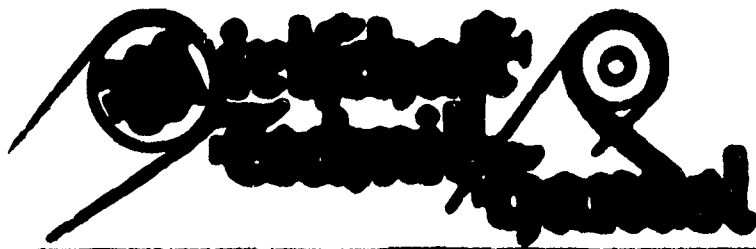
Ohne Licht... Auf einer Landstrasse in der Nähe von Mannheim fuhren zwei Brüder mit ihrem unbeleuchteten Motorrad gegen ein Fuhrwerk. Beide Fahrer kamen ums Leben.

Amokläufer. In Seattle (USA) wurden sechs Personen von einem Amokläufer erstochen und 12 schwerverletzt.

Mordchronik. Auf dem Flbdeich bei Wittenberge wurde der Leichnam einer Frau gefunden. Allem Anschein nach liegt Mord vor. Unter dem Verdacht der Täterschaft ist ein Bootsmann verhaftet worden.

In Olvenstedt bei Magdeburg ist die 69jährige Besitzerin eines Kolonialwarengeschäfts in ihrem Laden erstochen worden. Vom Täter fehlt jede Spur.

Winter im Harz. Auf dem Brocken fällt Schnee. Die Schneedecke ist bereits 30 Zentimeter dick.



Zurück zur Kaufkrafttheorie.

Papenplan hat die Uebertragungen der weltwirtschaftlichen Besserungen auf Deutschland gehemmt.

SPD. In seinem letzten Vierteljahrsbericht gibt das Konjunkturforschungsinstitut einen Ueberblick über die während der letzten Monate eingetretenen Wirtschaftsbesserungen. Der Produktionsindex, Produktion im Jahre 1928 = 100 gesetzt, steigerte sich von 51,8 im August auf 53,7 im September. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat sich von August bis Oktober um 7,5 % erhöht. Diese an sich geringfügigen Besserungen führt das Institut bemerkenswerterweise nicht auf den Papenschen Ankurbelungsplan zurück. Ausschlaggebend waren die Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten, die Lager-eindeckungen, die Russenaufträge und die Arbeitsprogramme bei der Reichsbahn und der Reichspost.

Die Frage, wie nun der Papenplan überhaupt auf die Wirtschaft eingewirkt hat, beantwortet das Konjunkturforschungsinstitut in eindeutiger Weise und zwar ist diese Antwort zugleich eine schlimme Kritik an der Wirtschafts- und Handelspolitik der autoritären Regierung. Bei der Schwerindustrie treten die Anregungen mehr in Erscheinung als bei den Produktionsmittelindustrien, z.B. bei der Maschinenindustrie und weit mehr als bei den Konsumgüterindustrien, dem Handel und dem Handwerk. Sicherlich hat der von Papen notverordnete Lohnabbau die Lagereindeckung zu billigsten Preisen gefördert. Abrr das Pferd wurde beim Schwanz aufgezümt. Man hat die Produktion begünstigt, während man unsinnigerweise den Absatz drosselte. Die Einzelhandelsumsätze sind weiter zurückgegangen. Die Lage des Handwerks blieb gedrückt. Der Absatz der feinkeramischen Industrie und der Glasindustrie z.B. hat sich weiter ungünstig gestaltet. Die Funkindustrie scheint etwas durch den neuen Kurs unter der Papenregierung begünstigt worden zu sein. Anscheinend ist beim Publikum ein grösserer Bedarf nach Fernempfängergeräten entstanden.

Ähnlich wie die Lohnraubpolitik wirkte auch die Kontingentierungspolitik auf den Absatz. Die Maschinenausfuhr ist nach abwärts gerichtet. Die Ausfuhr der elektrotechnischen Industrie ging zurück. In der stark auf Export eingestellten Eisen- und Stahlwarenindustrie blieb es nach wie vor still. Die Spielwarenindustrie hat starke Exporteinbussen zu verzeichnen. Auch der Export der Funkindustrie ist zurückgegangen.

So sieht die Papensche Handelspolitik in der Praxis aus.

Nicht anders wirkte die Papensche Agrarpolitik. Die Preisschere für Getreide- und Vieherzeugnisse hat sich weiter geöffnet. Der Bauer trägt nach wie vor die Last der Krise für die Grossagrariere. Trotz der Rekord-ernte "haben sich, dank umfangreicher Stützungsmaßnahmen durch den Staat, die Getreidepreise gut gehalten". Die "Produktions- und Absatzbedingungen für die Viehwirtschaft verschlechterten sich dagegen."

Der Papenplan war sicherlich ganz richtig auf die Erholung in der Weltwirtschaft eingestellt. Aber die Väter dieses Plans haben sich in dem Tempo und in der Abschätzung dieser Erholung geirrt. Sie erwarten von ihr Erfolge

(Einstellung von 1½ Millionen Arbeitslosen), die sich in der Zeit, die man angenommen hat, nicht einstellen konnten. Dazu kommt, dass der Papenplan durch seine Kaufkraftdrosselung die Uebertragung der Besserungen in der Wirtschaft auf Deutschland verhindert hat.

Es ist gerade kein rosiges Bild, das so vom Konjunkturforschungsinstitut gezeichnet werden muss. Wie, so wird man fragen, soll es nun weiter gehen? Hier scheint auch das Konjunkturforschungsinstitut hauptsächlich nach Richtung der Schwerindustrie orientiert zu sein. Gewiss, sowohl in der Stahl- als auch in der Braunkohle sind die konjunkturellen Verschlechterungen überwunden. In der Eisenindustrie sind gerade im Oktober Belebungen eingetreten und das Konjunkturforschungsinstitut meint hoffnungsvoll, "dass im Eiseninlandsgeschäft der tiefste Punkt des gegenwärtigen Konjunkturabschwungs nähernd erreicht sei". Darüber kann man ganz entschieden anderer Meinung sein, wenn man an die hohen Eisenkartellpreise denkt, die jeden Mehrabsatz von vornherein ausschliessen müssen.

Gerade die Lage der Eisenwirtschaft beweist die falsche Konstruktion des Papenplans. Soll die Wirtschaft in Deutschland wirklich belebt werden, dann müssen wir zur Kaufkrafttheorie der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zurück. Es gibt keinen anderen Weg.

SPD. Die Ausleihungen der Reichsbank sind in der dritten Novemberwoche um 131,2 Millionen Mark auf 3 016,7 Millionen Mark zurückgegangen. Die Währungsreserve hat sich, nach einem stärkeren Rückgang in der Vorwoche, diesmal um 3,8 Millionen Mark auf 933,5 Millionen Mark gesteigert. Es ergibt sich eine Verbesserung der Notendeckung durch Gold und Devisen von 27,2 % Ende der zweiten Novemberwoche auf 28,2 % Ende der dritten Novemberwoche.

SPD. Die Firma Siemens-Berlin hat ihren medizin-technischen Konzern, die Reiniger, Gebbert & Schall-A.G. in Erlangen, weiter ausgebaut. Das Kapital des Unternehmens wird um 3,5 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark erhöht. Als Grund für diese Massnahme wird angegeben, Fabrikation und Vertrieb auf medizinischem Gebiet zu dienen und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Hoffentlich ist damit, wie wir leider befürchten müssen, in diesem monopolartigen Gebilde keine Preissteigerung zu erwarten. Die Reiniger, Gebbert & Schall A.G. führt in Zukunft den Namen Siemens-Reinigerwerke A.G.. Angeschlossen wurden dem neuen Konzern die Phönix-Röntgenröhrenfabriken in Rudolstadt und die bisherige Vertriebsgesellschaft, die Siemens-Reiniger-Verfa, Gesellschaft für medizinische Technik m.b.H. in Berlin. Die beiden Gesellschaften verlieren ihre Selbständigkeit. Die Herstellung von Röntgenapparaten geht von Siemens auf die neue Siemens-Reiniger über.

SPD. Wie der Reichsverband des deutschen Handwerks mitteilt, ist der zur Durchführung von Hausreparaturen zur Verfügung gestellte Fond von 50 Millionen Mark restlos verbraucht. Der Reichsverband fordert eine neue Subvention in Höhe von 200 Millionen Mark.

Wir können feststellen, dass die öffentlichen Arbeiten wie Strassenbauten und Hausreparaturen günstig auf den Arbeitsmarkt eingewirkt haben. Schon deshalb wäre der Vorschlag, die verlorenen Zuschüsse für Hausreparaturen zu erhöhen, gutzuheissen. Allerdings müsste Sorge dafür getragen werden, dass auch die kleinen Hausbesitzer davon profitieren, was bisher leider nicht der Fall

war. Im übrigen müssen wir aber bemerken, dass die Bereitstellung der vom Handwerk geforderten 200 Millionen Mark nicht so ohne weiteres möglich sein dürfte. Die Subventionen der autoritären Regierung für Schwerindustrie und Grosslandwirtschaft haben die Reichsfinanzen derart angespannt, dass die Möglichkeit einer weiteren Belastung äusserst fraglich scheint. Das Handwerk kommt eben gegenüber Schwerindustrie und Grossagrariern bei der Liebestätigkeit der Papenregierung zu kurz.

SPD. Die nationalsozialistische Regierung in Thüringen hat in sich die Berufung entdeckt, den Kampf gegen Konsumvereine, Warenhäuser und Filialbetriebe "bis aufs Messer zu führen". Dem soll eine Verordnung dienen, die in den nächsten Tagen veröffentlicht wird. In dieser Verordnung will man die Beamten verpflichten, nicht in Warenhäusern und Konsumvereinen zu kaufen.

Am zweckmässigsten ist wohl, wenn die Nazis in Thüringen die Beamten überhaupt nicht mehr in bar auszahlen, sondern die Naturalvergütung und die Verpflegung aus der Feldküche einführen.

SPD. Der Zwölferausschuss des Reichswirtschaftsrats für Umsatzsteuer erklärte sich mit dem Grundgedanken eines Verordnungsentwurfes einverstanden, wonach für alle Waren, die nach dem Ausland gehen, allgemein ein Vergütungssatz von 0,5 % gewährt wird. Ausgenommen davon sind gewisse Roh- und Hilfsstoffe. Die Verordnung tritt bereits am 1. Dezember 1932 in Kraft. Die Vergütung wird gewährt, wenn die Lieferung in das Ausland nach dem 30. November 1932 erfolgte.

Die neue Regelung ist typisch dafür, wie man unter dem neuen System den Export fördert. Sicherlich wird die Erleichterung in der Umsatzbesteuerung um 0,5 % begrüsst werden müssen. Aber was ist mit dieser Erleichterung angesichts der Schäden, die die Regierung mit ihrer Kontingentierungspolitik angerichtet hat, in Wirklichkeit getan? Ausserdem darf man nicht übersehen, dass mit dieser Einrichtung das Exportgeschäft weiter überbürokratisiert wird. Welcher Exporteur und schliesslich welcher Finanzbeamter wird sich angesichts des vorgeschriebenen Formenkrams noch zurechtfinden? Bei einem solchen Tohuwabohu ist es leicht möglich, dass auch für solche Ware Umsatzsteuervergütung gewährt wird, die nicht ins Ausland geht. Die Finanzbeamten sind doch gerade genug belastet, dass ihnen nicht die Zeit bleibt, jeden Waggon darauf zu kontrollieren, ob er auch wirklich Exportwaren enthält.

Berliner Milchpreise.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 25. November bis 1. Dezember. 1. Trinkmilch 13,85 Rpf je Liter, dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 0,05 Rpf je Liter, b) für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Rpf je Liter; 2. a) Werkmilch 9 Rpf je Liter, b) tiefgekühlte Werkmilch 9,5 Rpf je Liter. Die Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3 % und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3 % Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Rpf vorgenommen.

Einbruch am Promptmarkt.

(Berliner Getreidebörse vom 25. Nov.)

SPD. Bei noch schlechterem Mehlgeschäft als in den Vortagen und bei grösster Zurückhaltung der Mühlen kam es am Freitag am Promptmarkt zu einem stärkeren Preiseinbruch, der für beide Getreidearten etwa 3 Mark ausmachte. Die Stützungsstellen nahmen hauptsächlich Roggen zu billigeren Preisen auf. Am Lieferungsmarkt gingen weit über 1000 Tonnen Roggen und Weizen an die Stützungsstellen. Trotzdem kam es zu grösseren Abschwächungen.

	24.11.	25.11.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	196 - 198	193 - 195
Roggen	155 - 157	154 - 156
Bräugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	125 - 130	124 - 129
Weizenmehl	24,25 - 27,00	24,10 - 27,00
Roggenmehl	19,75 - 22,10	19,75 - 22,10
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,60 - 9,00	8,60 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $206\frac{3}{4}$ - $206\frac{3}{4}$ (Vortag $208\frac{1}{4}$), März $207\frac{3}{4}$ - $207\frac{1}{2}$ ($208\frac{3}{4}$), Mai 212 - 211 ($212\frac{1}{4}$). Roggen Dezember $166\frac{3}{4}$ - $166\frac{1}{4}$ ($167\frac{1}{2}$), März $170\frac{1}{4}$ - $169\frac{1}{2}$ (171), Mai $174\frac{1}{2}$ - $173\frac{1}{2}$ ($175\frac{1}{4}$). Hafer Dezember - ($132\frac{1}{4}$), März $132\frac{1}{2}$ (134), Mai 137.

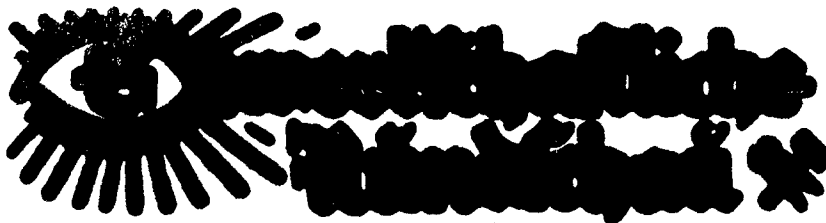
Berliner Viehmarkt.

SPD. Die Zufuhren genügten auf allen Märkten. Der Handel stand unter Druck des schlechten Geschäfts am Fleischmarkt und der geringen Kauflust. Am Hammelmarkt gaben besonders gut genährte und geringe Schafe im Preis nach. Dagegen waren am Kälbermarkt prima Tiere gesucht.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (-), b) 240 - 300 Pfund 40 - 42 (42-44), c) 200 - 240 Pfd. 38 - 40 (40-43), d) 160 - 200 Pfd. 35-38 (37-39), e) 120 - 160 Pfd. 32 - 34 (34-36), Sauen 34-37 (36-38). Kühe: a) 23 - 25 (22-25), b) 17 - 21 (18-20), c) 15 - 17 (16-17), d) 9 - 14 (10-15). Kälber: a) - (-), b) 38 - 46 (40-49), c) 27 - 38 (30-42), d) 16 - 24 (16-25). Schafe: a) 31 - 32 (31-32), b) 28 - 30 (28-30), c) 25-27 (25-27) d) 14-24 (16-25).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 25. November. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 115, II. Qualität 108, abfallende Sorten 99. Tendenz: fest.



Ein Fall unter vielen.

Wie Betriebe zugrunde gerichtet werden.

SPD. Dem Volk wird von den Gegnern der Gewerkschaften immer wieder erzählt, die vielen Betriebszusammenbrüche der letzten Jahre seien eine Folge der "hohen Löhne", der "unerträglich hohen Soziallasten" - kurz: eine Folge des "marxistischen Systems". Sieht man sich aber die einzelnen Fälle solcher Betriebszusammenbrüche etwas näher an, dann lassen sich ganz andere Ursachen der Pleite feststellen. Gewiss gibt es Zusammenbrüche, für die die Betriebsinhaber nicht verantwortlich gemacht werden können; in vielen, vielen Fällen aber liegt die Schuld ganz zweifellos bei ihnen allein. Man braucht ja nur an die Lahusen, Katzenellenbogen, Goldschmidt, Bleichert und ähnliche "Wirtschaftsführer" zu erinnern.

In der breiten Öffentlichkeit finden in der Regel nur die ganz grossen Wirtschaftsskandale die nötige Beachtung. Um die kleinen Verbrecher kümmert sie sich selten, obwohl auch diese mitunter ganz tolle Dinge auf dem Kerbholz haben. Da ist z.B. die Opel & Kühne A.G. in Zeitz. Eine angesehene Kien-derwagen- und Holzwarenfabrik, die in den letzten Jahren durchschnittlich 300 Arbeiter beschäftigte. Das Unternehmen muss riesige Gewinne gemacht haben, denn im Juni 1928 schloss der Aufsichtsratsvorsitzende mit den beiden Direktoren Kurt und Willy Opel einen Vertrag, der diesen je 20 000 Mark Jahresgehalt zuspricht, dazu 4 000 Mark Aufwandsentschädigung, 12 000 Mark Mindestantenne und 1 000 Mark Heizungskosten und verschiedene andere Kleinigkeiten. Zusammen sind das pro Mann mindestens 40 000 Mark. Wohlgemerkt, bei etwa 300 Arbeitern und in der Kleinstadt Zeitz. Damit konnten die Opels aber nicht auskommen. Wie sie sich das fehlende Geld verschafft haben, das soll uns das Amtsgericht Zeitz erzählen.

Im Mai 1932 beantragte die Gesellschaft die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens. Das Amtsgericht Zeitz lehnte diesen Antrag ab, da die Brüder Opel die Zahlungsschwierigkeiten selbst in verbrecherischer Weise herbeigeführt haben. Kurt Opel - heisst es in dem Gerichtsbeschluss - hat "in den Büchern der Firma vier Arbeiter, die überhaupt nicht existierten, zu höchsten Fabrikarbeiterlöhnen führen lassen, deren Lohn an sich genommen und die A.G. so im Jahre 1928 um 13 500 Mark und die Firma sonst in den vorhergehenden Jahren um weitere 35 200 Mark vorsätzlich geschädigt." Er hat ferner Arbeiter der Firma beim Umbau seiner Villa auf Kosten der Gesellschaft beschäftigt und grosse Warenlieferungen für seinen Haushalt auf Konto des Betriebs verbucht. Dafür ist er "anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 80 Tagen zu 4 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden."

Auch Willy Opel hat sich allerhand geleistet. Er hat beim Bau seiner Wochenendvilla zahlreiche Betriebsarbeiter auf Kosten der Firma beschäftigt. Dieses Haus hat die Kleinigkeit von rund 60 000 Mark gekostet und ist zu einer Zeit gebaut worden, als die Gesellschaft bereits mit Verlust arbeitete. Aus dem Gerichtsbeschluss geht hervor, dass Willy Opel am 16. März 1932 wegen Verleitung zum Meineid zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist; ob diese Sache mit den Betrügereien zusammenhängt, ist aus den Konkursakten nicht zu ersehen, es ist aber sehr wahrscheinlich.

Zur Abrundung des Bildes dieser "Wirtschaftsführer" sei aus dem Gerichtsbeschluss noch erwähnt, dass die Opels noch im letzten Jahr grosse Autoreisen durch das Inland, durch die Schweiz und Italien gemacht haben, wobei in den teuersten Hotels abgestiegen wurde; die Unterhaltungskosten des Autos trug selbstverständlich die Gesellschaft. Diese befand sich damals bereits in Geldschwierigkeiten. Nur für die Direktoren und ihren Anhang war Geld genug da.

So fassten diese Unternehmer ihre "sittliche Pflicht als Wirtschaftsführer" auf. So richteten sie ein ehemals blühendes Unternehmen zugrunde. Es ist nicht das Opfer der Wirtschaftskrise, und auch nicht das Opfer des Marxismus geworden. Es ist lediglich das Opfer einer haarsträubenden Misswirtschaft seiner Leitung.

Ein Fall unter vielen!

SPD. Die unsinnige und ungerechte Regelung der Zulagen für die Arbeitslosen, wodurch die Angehörigen der oberen Lohnklassen vielfach schlechter gestellt werden als die Unterstützten der unteren Lohnklassen, soll nunmehr abgeändert werden. Das Reichsarbeitsministerium hat an die Reichsanstalt einen Auslegungserlass gerichtet, wonach mit Wirkung vom 28. November ab Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI mindestens die Unterstützung erhalten, die ihnen zustehen würde, wenn sie in Lohnklasse VI wären und danach Anspruch auf die Sonderzulage hätten.

Die Abänderung erfolgt, weil die Gewerkschaften das Reichsarbeitsministerium sehr nachdrücklich auf das schreiende Unrecht aufmerksam gemacht haben, die die bisherige Zulagenregelung im Gefolge hatte.

SPD. Für das mitteldeutsche Mühlengewerbe wurde vor kurzem ein Schiedsspruch gefällt, über den in der bürgerlichen Presse irreführend berichtet wurde. Der wirkliche Sachverhalt sieht folgendermassen aus:

Die Arbeitgeber der Mühlenindustrie Mitteldeutschlands hatten den Manteltarifvertrag und das Lohnabkommen gekündigt. Sie forderten einen neuen Abbau. Der Manteltarif wurde vom Schlichtungsausschuss Halle bis zum 31. Dezember 1933 verlängert. Die Löhne wurden um 3 Prozent gesenkt. In einigen Betrieben war bereits eine Lohnsenkung bis zu 20 Prozent auf Grund der Notverordnung durchgeführt worden. Diese Lohnsenkung wurde durch den Schiedsspruch wieder beseitigt. Dieser nicht unwesentliche Punkt blieb in der durch die bürgerliche Presse gegangenen Mitteilung unerwähnt.

SPD. Wie sie lügen! In Erfurt streikten fast sieben Wochen die Arbeiter der Metallwaren und Lampenfabrik Stübgen zur Abwehr eines Lohnabbaus um 40%. Der Streik brach erfolglos zusammen. Aus dieser für die ganze Arbeiterschaft unerfreulichen Tatsache suchen die Kommunisten für sich Kapital zu schlagen. Sie verbreiten - siehe "Thüringer Volksblatt" (vom 9. Nov. 1932) - eine neue Schauermär über den "Verrat" des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Der Tatbestand: Am 23. September 1932 wurde von der Firma Stübgen ein Lohnabzug von 40 Prozent für die 31. bis 40. Arbeitsstunde bekannt gegeben, der ab 26. September in Kraft treten sollte. Die sofort eingeleiteten Ver-

handlungen des Betriebsrats und des DMV mit der Firma blieben ergebnislos. Die Belegschaft - sie ist 179 Mann stark, umfasst aber nur 51 im DMV organisierte Arbeiter - beschloss daraufhin, am 26. September in Streik zu treten. An diesem Tag erschien der KPD- und RGO-Mann Angelrath, der in der Streikversammlung grossmäulig erklärt hatte, er und die übrigen RGO-Leute würden ihren Mann stehen, frisch-fröhlich als Streikbrecher im Betrieb, und mit ihm kamen einige der sogenannten "revolutionären Unorganisierten"! Am 11. Oktober fiel die zweite RGO-Leuchte Lüneburg der streikenden Belegschaft verräterisch in den Rücken; er ging mit etwa 40 "revolutionären Unorganisierten" wieder in den Betrieb. Am 5. November nahmen weitere Unorganisierte die Arbeit auf. Daraufhin beschlossen die Streikenden einmütig den Abbruch des Kampfes.

Wie kampfentschlossen die streikenden DMV-Arbeiter waren, beweist die Tatsache, dass sie trotz der Einstweiligen Verfügung gegen den Bezirksleiter des DMV, durch die den DMV-Leuten das Streiken verboten werden sollte, den noch weitergestreikt haben.

Dieser Sachverhalt zeigt zur Genüge, was von dem Gerede der Kommunisten über den "Verrat des DMV" zu halten ist. Er beweist klipp und klar, dass die Schuld am Misslingen des Kampfes voll und ganz auf Seite der Maulhelden der RGO und der "klassenbewussten Unorganisierten" liegt.

Der beispiellose Verrat, der in der Streikbewegung bei Stübgen von Arbeitern an Arbeitern verübt wurde, ist die Frucht der jahrelangen Hetze der KPD und RGO gegen die Gewerkschaften.

SPD. In der deutschen Holzindustrie wollen die Arbeitgeber, nachdem in den meisten Bezirken die Lohnvereinbarungen nicht wieder erneuert wurden, nun allem Anschein nach auch von den Mantelverträgen los. Zu Mitte Februar sind gekündigt die Tarifverträge in Bayern, Brandenburg, Lippe-Detmold, Köln, Rheinland-Westfalen, Freistaat-Sachsen, Württemberg und Düsseldorf (hier besteht nur ein Tarifvertrag mit einer Firma); von Kassel liegt noch keine Meldung vor, und für verschiedene andere Bezirke sind die Verträge erst später kündbar.

Die Arbeitgeber haben ihre Forderungen noch nicht bekannt gegeben. Jedenfalls verraten sie nur sehr wenig Neigung zur Erneuerung des Mantelvertrags. So heisst es in dem Kündigungsschreiben für den Freistaat Sachsen, man könne bezüglich der Verpflichtung, spätestens 4 Wochen nach der Kündigung Verhandlungen zwecks Erneuerung des Mantelvertrags aufzunehmen, noch keine Mitteilung machen, da die Stellungnahme der anderen Arbeitgeberverbände der Holzindustrie und des Holzgewerbes noch nicht bekannt sei.

SPD. In Preussen sind die Ausführungsbestimmungen für die Bewilligung von Reichsbaudarlehn für Eigenheime jetzt ergangen. Die entsprechenden Anträge sind an die für den Ort des Bauvorhabens zuständigen Landräte oder Gemeindevorstände zu richten. Die Bewilligung der Darlehn erfolgt durch den zuständigen Regierungspräsidenten.

Die Reichsregierung hat, wie wir gemeldet haben, zur Förderung des Eigenheimbaus 20 Millionen für zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Ein Tropfen auf den heissen Stein.

SPD. Der Schiedsspruch zur Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Berliner Gastwirtsgewerbe ist nun auch von den Arbeitgebern angenommen worden.

Eine von der RGO veranstaltete Sonderabstimmung im Aschinger-Konzern hat Donnerstag-Abend mit etwa 60 Prozent den Streik beschlossen. Dieser Beschluss ist aber bis jetzt nicht in die Tat umgesetzt worden.

Woran hapert's? Es fehlt die Nazi-Kozi-Streikfront. Die "revolutionäre" Organisation des Streiks klappt nicht. Wohl erschienen Freitag-Früh vor einigen Lokalen vereinzelte Streikposten, aber die "revolutionären Stosstrupps" fehlen. Die Hitler haben zur Zeit andere Sorgen.

Auch bei Kempinski wollte die RGO den Streik proklamieren, aber dort ist es noch gar nicht zur Abstimmung gekommen. Es scheint, als ob der ruhmreiche Ausgang des von der Nazi-Kozi-Front geführten Berliner Verkehrsstreiks so manchen "revolutionären Unorganisierten" doch etwas stutzig gemacht hat.

SPD. Die Spitzenverbände der Zahnärzte und Krankenkassen haben zwecks Neuregelung ihrer vertraglichen Beziehungen beschlossen, eine Kommission zur Prüfung der für das Vertragsrecht bedeutsamen Fragen zu bilden. Zur Behebung schwebender örtlicher Vertragsstreitigkeiten wurde die Einsetzung einer vorläufigen Schiedsstelle vereinbart. Der Reichsarbeitsminister hat diese Vereinbarung für verbindlich erklärt.

SPD. Das Internationale Arbeitsamt hat den Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation die Tagesordnung für die Ende Mai in Genf zusammentretende Internationale Arbeitskonferenz übermittelt. Die Hauptpunkte der Tagesordnung lauten: Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeitverkürzung, Ruhezeit in den automatischen Glashütten, Versicherung gegen Invalidität und Abschaffung gewerbsmäßigen Stellenvermittlung.

SPD. Im Tarifkonflikt des Hamburger Gastwirtsgewerbes fällte der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch, der den Mantel- und Lohn tariffvertrag wieder in Kraft setzt. Die Unternehmer zeigen sich noch immer backbeinig. Sie wollen den Spruch ablehnen, weil die Löhne für sie untragbar seien. Der Schlichter wird nunmehr eine Entscheidung treffen müssen.

SPD. Am Dienstag, dem 29. November, sendet von 19 Uhr 45 bis 20 Uhr 15 die "Deutsche Welle" ein Dreigespräch mit dem Titel "Akten und Menschen". Angestellte aus Berliner Wohlfahrtsämtern werden über ihre persönlichen Beziehungen zum Publikum berichten.

Die interessante Sendung wird einen Einblick in die Arbeit der Wohlfahrtspflege gewähren.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 25. November 1932.

Telephongespräch mit Trotzki.^x

Von M. Sostschenko.

SPD. Diese Geschichte hat sich vor vielen, vielen Jahren zugetragen. Wenn ich nicht irre, im Jahre 1924, als die Politik des "Nep" sich in ihrem ganzen üppigen Umfang entfaltete. Mit dem "Nep" hat sie sozusagen nicht den geringsten Zusammenhang. Es soll hier bloss von einem lustigen Abenteuer berichtet werden, von einer Geschichte, die ihre Entstehung der Angst vor einigen Umständen verdankt. So höret denn, meine bleichgesichtigen Bürger!

Es war in Moskau, in der Wohnung des Tschervonzew, Egor Mitrofanytsch. Vielleicht ist auch Ihnen dieser Moskauer Genosse mit der Visage eines freien Berufes bekannt. Er gab an einem Samstag einen Gesellschaftsabend. Ohne jeden Grund. Einfach so, um sich zu zerstreuen.

Es kamen vorwiegend junge Leute. Sozusagen angehende Weise, Hitzköpfe, und gleich erhoben sich energische Diskussionen, heftige Debatten.

Einer der Gäste sagte etwas über das Buch des Genossen Trotzki. Ein anderer pflichtete ihm bei. Ein dritter meinte: "Das ist überhaupt Trotzkiismus."

Da äusserte sich ein vierter. "Ja," sagt er, "das ist so, vielleicht aber ist das auch nicht so. Und überhaupt," meinte er, "es ist noch unbekannt, was Genosse Trotzki selbst unter diesem Worte Trotzkiismus versteht."

Nun erhob sich ein anderer Gast - eine Frau. Genossin Anna Sidorowa sagte erbleichend: "Genossen! Ginge es nicht, dass wir Genossen Trotzki anrufen? Was? Und bei ihm Rat einholen?"

Die Gäste wurden plötzlich mäuschenstill. Alle blickten auf den Telephonapparat. Genossin Sidorowa erbleichte noch mehr und fuhr fort: "Werden mal den Kreml anrufen und Genossen Leo Trotzki an den Apparat bitten. In dringender Angelegenheit...."

Es entstand ein Tumult. Stimmen wurden laut: "Sehr richtig... Stimmt! Ausgezeichnet... Wollen einfach anrufen und fragen... Es handelt sich um das und jenes, Leo Dawidawitsch...."

Als bald erhob sich der energische Genosse Kulakowitsch und ging mit unerschütterlichen Schritten auf den Apparat zu: "Das werden wir gleich haben." Er hob den Hörer ab und sagte: "Seien Sie so freundlich... Bitte, verbinden Sie mich mit dem Kreml...."

Die Gäste hielten den Atem an und umringten den Apparat. Genossin Sidorowa wurde immer bleicher. Sie ging in die Küche, frische Luft zu schnappen.

Indessen versammelten sich sämtliche Insassen der Wohnung in Tschervonzews Zimmer. Es kam die Hausfrau Darja Wassiljewna Pilatowa, blieb an der Tür stehen und harrete mit Herzensunruhe der Entwicklung der Ereignisse.

Und die Ereignisse entwickelten sich mit unheimlicher Eile. Der energische Genosse Kulakowitsch sagte: "Seien Sie so freundlich, bitten Sie Genossen Trotzki an den Apparat... Was?..."

Nun sahen die Gäste, dass Genosse Kulakowitsch sich verfärbte. Mit verwirrtem Blicke schaute er die Anwesenden an, presste die Telephonmuschel zwischen die Kniee, damit kein Laut hineindringe, und lispelte: "Was soll ich antworten?... Man fragt, - in welcher Angelegenheit? Wer ist am Apparat?... Wahrscheinlich sein Sekretär..."

Die Gesellschaft prallte vom Telephon zurück. Jemand sagte: "Antworte: von der Redaktion... Von der Redaktion der Izwestia"... So sprich doch, du Feind!"

"Von der Redaktion "Izwestia", sagte Kulakowitsch dumpf. "Wie meinen? In Angelegenheit eines Leitartikels."

Jemand sagte: "Einen feinen Brei habt ihr euch eingebrockt. Jetzt werdet ihr ihn schön auslöffeln müssen." Die Hausfrau, Darja Wassiljewna Pilatowa, geriet ausser Rand und Band. Sie schrie: "Hilfe! Zugrunde gerichtet habt ihr mich, ihr Schurken. Was geschieht nun? Hängen Sie den Hörer an! Ich erlaube nicht, dass man in meiner Wohnung mit den Führern des Proletariats spricht..."

Genosse Kulakowitsch sah die Gesellschaft mit trübem Blick an und hängte den Hörer an. Wieder trat im Zimmer schauerliche Stille ein. Einige der Gäste erhoben sich leise und gingen nach Hause. Die zurückgebliebene Gesellschaft sass ungefähr fünf Minuten regungslos.

Auf einmal läutete das Telephon. Kurz entschlossen ging der Wohnungsinhaber selbst, Herr Tschervonzew, auf den Apparat zu und hob den Hörer ab. In der Telephonmuschel donnerte eine Stimme: "Wer hat Genossen Trotzki angerufen? In welcher Angelegenheit?"

"Falsche Verbindung," sagte Tschervonzew. "Niemand hat angerufen... Verzeihung..."

"Keine faulen Ausreden! Sie haben sich mit dem Kreml verbinden lassen."

Die Gäste eilten in das Vorzimmer. Ohne einander anzuschauen, zogen sie sich schweigend an und verliessen die Wohnung des Gastgebers. Und niemand kam auf den Gedanken, dass es sich hier um einen Schabernack handelte.

Davon erfuhr man erst am nächsten Tage. Einer der Gäste legte ein Geständnis ab. Er hatte sich nach dem ersten Gespräch aus dem Zimmer gedrückt und von der nächsten Telephonzelle aus angerufen.

Genosse Tschervonzew war ihm sehr böse. Er wollte ihn sogar windelweich schlagen.

(Deutsch von S. Borissoff.)

Meine alte Maschine.^x

SP. Als mir die Redaktion wiederum, nun schon zum drittenmal, ein Manuskript zurückschickte, mit der Bemerkung, dass man den Inhalt beim besten Willen nicht entziffern könne, und mich bat, das Manuskript in lesbarem Zustand nochmals einzusenden, war es bei mir beschlossene Sache, dass wir uns trennen mussten. Das Mass war voll. Der Himmel ist Zeuge, dass ich mir redliche Mühe gegeben habe, um mit ihr auszukommen; geduldig ertrug ich all' ihre Mucken und Eigenarten die ganzen Jahre hindurch - sie war meine erste und bisher einzige - aber was zu viel ist, ist zu viel. Nicht nur, dass sie klapperte wie ein halbes Dutzend Webstühle, (im ganzen Hause spricht deshalb kein Mensch mehr mit mir, und der Kanzleisekretär eine Treppe tiefer hat schon mit einer Anzeige wegen ruhestörenden Lärms gedroht) - die Hälfte der Typen klemmten, die Walze drehte sich während des Schreibens, sodass die Zeilen sich abwechselnd in aufsteigender und abschüssiger Linie bewegten, das Farbband hatte die neckische Angewohnheit, jedesmal kurz vor Beendigung des Manuskripts aus der Führung zu springen und sich mit abgefeimter Raffiniertheit so einzuklemmen, dass es einen breiten Streifen über die ganze Seite schmierte und sie unweigerlich verdarb, die Umschaltung funktionierte aus irgendeinem geheimnisvollen Grunde überhaupt nicht mehr und zwang mich, alle grossen Buchstaben nachträglich mit der Hand einzusetzen - jeder Gerechtdenkende muss zugeben, dass bei so vielen Widerwärtigkeiten auch die längste Geduld eines Tages ihr Ende erreicht.

Dieser Moment war jetzt gekommen. Wutentbrannt schleuderte ich das zurückgekommene Manuskript in eine Ecke, warf einen finsternen Blick auf die Schreibmaschine, die auf dem Tische stand, und knirschte: "So. Jetzt ist's genug."

Das war das Letzte. So wahr ich hoffe, dereinst im Olym an der Seite Goethes und Schillers zu sitzen, so wahr ist es, dass morgen an deiner Statt eine andere Schreibmaschine auf meinem Tische steht. Und wenn ich, um das Geld für die erste Rate zusammenzukriegen, die dreiundsiebzig Bände Marlitt, Eschstruth und Courths-Mahler verkaufen soll, die mir Tante Hedwig bei ihrem Tode vermacht hat, weil ich als Literat nach ihrer Meinung unbedingt eine Bibliothek zur Erweiterung meines Gesichtskreises nötig hätte!" - Mit diesen Worten entfernte ich mich und ging zu meinem Freunde Kurt, der mich zu seiner Geburtstagsfeier eingeladen hatte. -

Als ich wieder meiner Wohnung zustrebte, war mein Ärger längst vergessen. Mit geschärften Sinnen zog ich meines Weges, freute mich, dass der gute alte Kopernikus mit seinem Gesetz der Erdumdrehung tatsächlich recht behalten hatte, da ich sie von den Häusern und der Strasse in nie geschauter Weise bestätigt fand, und obwohl gerade während meines Heimwegs ein Erdbeben stattfand, das erhebliche Schwankungen des Bodens unter meinen Füßen verursachte, fürchtete ich mich nicht im geringsten; daheim angekommen, verbrachte ich geraume Zeit damit, das Schlüsselloch, das in der Zwischenzeit originellerweise seinen Platz verändert hatte, zu suchen, warf noch einen Blick auf die Schreibmaschine und ging, vergnügt in die Nacht, zu Bett.

Plötzlich geschah etwas Merkwürdiges. Ich kniff die Augen zusammen, rieb mir die Ohren - es stimmte, jemand sprach im Zimmer. Und wer war es? Meine Schreibmaschine! Leider habe ich das Meiste, was sie sagte, wieder vergessen, aber das, worauf ich mich besinne, ist immerhin wert, wiedererzählt zu werden.

"Aha, mein Lieber," sagte sie, "du willst mich also loswerden. Na ja, Undank ist der Welt Lohn, ich hätt' mir's schon denken können, noch dazu bei solchem Burschen, wie du einer bist. Ein Geschichtenerzähler, ein Schlamp..."

Ich versuchte einen Einwand, doch sie fuhr mir höhnisch über den Mund: "Was bist du denn sonst, he? Ein Dichter, - was das schon ist! Und wenn ich mir überlegen, was du aus mir gemacht hast, das Heulen könnt' einen ankommen. Früher, bevor ich zu dir kam, lebte ich in geordneten Verhältnissen, hatte meinen Platz im Büro und wusste, wozu ich gut bin. Einen hübschen Tisch hatte ich und eine Haube, die jeden Abend über mich gestülpt wurde. Sogar eine Inventarnummer! Und das Mädel, das an mir arbeitete - ich weiss es noch wie heute, Erna hiess sie und war blond und hatte einen Freund, den nannte sie 'Süsser Purzel' - schrieb während der Geschäftszeit zwischendurch ihre Liebesbriefe auf mir. Bis dann die Firma pleite ging und du mich auf der Auktion kauftest. Für ein Spottgeld, wenn ich bedenke, wie ich damals noch im Stande war!"

"So -," warf ich schüchtern ein, "und die Typen - klemmten die etwa nicht von Anfang an, genau wie auch die Walze nicht funktioniert? Uebrigens! die Jüngste warst du doch auch gerade nicht mehr."

Hätte ich es lieber nicht gesagt! Sie kreischte rostig auf: "Sowas - hab' ich das verdient, dass du mir meine Jahre vorwirfst? O, ich unglückliche Schreibmaschine!" Aber diese Schwäche währte nur einen Augenblick. Dann legte sie mit verdoppelter Kraft los: "Du beschimpfst mich also, trotzdem ich soviel von dir weiss! Was würde denn aus dir, wenn ich reden wollte? Blamieren könnte ich dich bis auf die Knochen. Wie hast du mich denn behandelt? Mal hast du mich gestreichelt und 'beste Freundin' genannt, besonders, wenn alles geklappt hat, und ein andermal hast du auf mir rumgehackt wie ein Wirtshauspianist. Wenn ich bloss dran denke, wie du damals deinen Roman geschrieben hast! Wie hast du da gejammert, wenn's mal nicht weiter ging! Dass es einen Stein erbarmen konnte. Als du's dann aber doch geschafft hattest, ja, da warst du fein heraus. Das ganze Geld hast du verjuxt; hättest lieber deine Schulden bezahlen sollen! Und jetzt bin ich dir nicht mehr fein genug. Eine andere willst du dir anschaffen, und die Bücher willst du versetzen. Die schönen Bücher! Wenn das die Tante Hedwig selig wüsste! So gut hat sie's mit dir gemeint, aber dir ist halt nichts heilig, die Tante nicht, die Bücher nicht, und

ich....huuuu!"

Das war zu viel, und ich verkroch mich unter die Bettdecke. Noch eine ganze Weile hörte ich ihr Jammern und Schimpfen. Dann schlief ich ein. Von meinem Vorsatz hatte sie mich aber doch nicht abzubringen vermocht, denn anderntags schaffte ich sie zum Händler und fragte ihn, mit welchem Betrag er sie in Zahlung nehmen würde. "Na," meinte er geringschätzig, "zehn Mark; aber dann setze ich bei dem alten Kasten noch bares Geld zu!" Damit nahm er sie und stellte sie in eine Ecke. Ich aber zog stolz mit meiner neuen Schreibmaschine nach Hause. -

Das war vor drei Wochen. Als ich heute an dem Geschäft vorbeikam, erblickte ich - ich traute meinen Augen nicht - im Schaufenster meine alte Maschine. Frisch auflackiert, die Walze abgeschliffen, die Typen gereinigt, stand sie da. Ein Zettel verriet den Preis: 90 Mark!

"So so," dachte ich, ein wenig gerührt, "nun hat sie doch wieder einen gewissen Wert bekommen..." Aus alter Anhänglichkeit nickte ich ihr freundschaftlich zu. Sie jedoch beachtete mich nicht im geringsten, sondern sah achtlos und hochmütig an mir vorbei. Sie wollte mit mir nichts mehr zu tun haben.

Walter Schirmeier.

----- Ein Theaterskandal. -----

SPD. Ende November 1832, gerade vor 100 Jahren, ist Victor Hugos bekanntes Drama "Le Roi s'amuse" ("Der König amüsiert sich"), nach dem die Oper "Rigoletto" gearbeitet ist, zum ersten Male im "Théâtre Francais" in Paris aufgeführt worden. Diese erste Aufführung, die ein grosses Ereignis hatte werden sollen, blieb auf Jahrzehnte hinaus auch die einzige, denn sie erstickte in einem Skandal, wie ihn die französische Theatergeschichte kaum jemals vorher oder nachher erlebt hat. Diese Theaterpremiere, bei der das vornehme Paris anwesend war, wurde gewiss zu einem Ereignis, aber in der Erwartung verkehrten Sinne, war aufregend wie ein Boxkampf und endete mit einem knock out des jungen, doch bereits zu ungeahntem Ruhme gelangten Dichters.

Man muss sich die Aufgeregtheit jener Tage vergegenwärtigen, um den literarischen Skandal, den die Aufführung des genannten Stückes erlebte, begreifen zu können. Victor Hugo, das Haupt der romantischen, politisch mit der Juli-revolution verwachsenen Dichterschule, der himmelstürmende, feurige Dichter, der trotz seiner 30 Jahre schon Ehren, Popularität und daher auch Anfeindungen in Hülle und Fülle genossen hatte, Victor Hugo und das "junge Frankreich" auf der einen Seite und auf der andern die Akademiker, die "Klassiker", das traditionelle, aristotelisch-pedantische Poeten- und Gelehrtentum standen hier einander gegenüber. Die Jungen, die "Romantiker", die stürmisch nach Anerkennung, nach Geltung verlangten, erblickten in sich die Zukunft Frankreichs und beanspruchten den Beginn einer neuen Epoche für sich. Sie bereiteten die grosse "Abrechnung" mit den "verkalkten" Klassikern vor, und Victor Hugos Worte, "Das neue Zeitalter hat den klassischen Lappen, den philosophischen Lumpen und das mythologische Flittergold abgestreift!", die den unverwundlichen Glauben, die jugendlich-pathetische Kampfeslust der Stürmer und Dränger manifestierten, klangen wie eine Offenbarung.

Der 22. November, der für die Jungen unwiderruflich den Sieg bringen sollte, brachte eine zerschmetternde Niederlage. Eine Aufmachung, ein Publikum im "Théâtre Francais", wie an den allergrössten Tagen. Der erste Akt des Stückes ging ziemlich still vorüber. Erst gegen Aktschluss warf sich der Gegner in den Ring. Da fallen die ersten Ausrufe; höhnische Bemerkungen werden laut... das Boxmatch beginnt. Im ersten Range ruft jemand bei einem besonders verwickelten Verse möglichst verächtlich: "Ooooh!", doch prompt und

unwiderstehlich kommt darauf die Antwort: "Raus mit der Akademie!" Der Herr, der dies unter der Zustimmung der Umsitzenden äusserst drohend ausrief, sass im Parkett und gebrauchte seine Hand als Sprachrohr, um seine Stimme zu verstärken. Da verstummte der Gegner. Der Aktschluss wurde von Hugos Freunden stürmisch beklatscht. (Runde für Hugo.)

Doch in der Pause fingen die Witzeleien an. Das Parkett höhnte die oberen Ränge; zwei Schriftsteller, die vor kurzem einen Protest gegen die "Romantiker" unterzeichnet hatten, wurden mit einem nach bekannter Melodie gesungenen Gassenhauer begrüsst. Die Antwort blieb der Gegner nicht schuldig. Als der Vorhang zum zweiten Mal in die Höhe gehen sollte, stäubte ein Regenschauer von kleinen Papierschnitzeln vom dritten Range herab. Die Störung war das Werk eines halbverrückten Philosophen, der eine neue Religion erfunden hatte und auf diese Art seine Prospekte unter bzw. über die Leute brachte. Die Lektüre dieser religiösen Zirkulare war natürlich von erheiterndster Wirkung, doch Triboulets Auftreten und seine ersten Worte liessen die Lacher verstummen. Die flammenden Verse des zweiten Aktes durchschauerten die gesamte Hörerschaft, bis einige szenische Ungeschicklichkeiten wieder die Stimmung verderben. Die historischen Kostüme waren es in erster Linie, die das Missfallen des anspruchsvollen Publikums erregten. König Franz I. erschien z.B. in einem prachtvollen Morgenanzug, gegen den das Publikum manches einzuwenden hatte. Ein König darf sich nicht im Schlafrock sehen lassen, hiess es. Zu diesen szenischen Fehlern kamen noch einige zynische Verse, die dem Gegner wieder auf die Beine halfen. Es brach sofort stürmisch los: "Es ist eine Schmach! Eine Infamie! Genug! Aufhören!" - so schrie man durcheinander. Literaten zweiten und zehnten Ranges, die den erwähnten Protest gegen die "Romantiker" mit unterschrieben hatten, lehnten sich über die Balkonbrüstung, begannen einige bekannte Claqueurs zu necken und piffen aus mächtigen Hausschlüsseln in den Lärm hinein. Die Runde endete mit der offenen Niederlage Hugos.

Im dritten Akt, oder, besser gesagt, in der dritten Runde, blieb der Kampf der gegnerischen Parteien unentschieden. Doch war alles bereits aufgebracht; erregte Zwischenrufe, kräftige Seitenhiebe zeigten deutlich, dass alles kochte, wie in einem Vulkan vor dem Ausbruch. Die Entscheidung sollte aber erst im vierten Akte fallen. Da gerieten die Gegner in Clinch; alles löste sich auf; die Theatervorstellung verwandelte sich in ein improvisiertes Vorstadttheater. Das Geschehnis auf der Bühne diente nur als Stichwort, worauf das Orchester des Publikums mit wildem Durcheinander reagierte. Bei den ernstesten Stellen des Stückes ertönte ein wieherndes Lachen von allen Seiten, so dass auch die Schauspieler allmählich den Kopf verloren. Das Ende des Aktes wurde garnicht mehr angehört. Man unterhielt sich im Publikum, schrie, piff, schimpfte, drohte, sang, und beinahe wäre es zu einer Prügelei gekommen. Schon hatte ein Hitzkopf das Geländer seiner Bank abgerissen und es wie eine Leiter aufgerichtet, um darauf in den ersten Rang zu klettern, als der Vorhang zum letzten Male fiel....

Alles sprang nun auf, schrie und gestikulierte durcheinander. Victor Hugo stand, bis zum Kinn zugeknöpft, bleich, hoch aufgerichtet in seiner Loge, dicht an der Bühne. Da kam von der Bühne her Ligier, der den Hofnarren gespielt hatte zu ihm herein. - Man muss nämlich wissen, dass damals im "Théâtre Français" die Premieren immer ohne Nennung des Verfassers stattfanden, und erst nach dem Ende der Aufführung wurde der Autor von der Bühne herunter namhaft gemacht.

"Soll ich Ihren Namen nennen?" fragte ängstlich Ligier.

"Natürlich!" erwiderte Victor Hugo.

Im Publikum waren der Lärm und die Verwirrung auf ihrem Höhepunkt angelangt. "Der Verfasser! Der Verfasser!" schrienen die Einen. "Nein! Nein! Ist unnütz!" brüllten die Andern dagegen. Dreimal versuchte der Schauspieler zu sprechen - vergeblich; der Lärm übertönte ihn. Endlich vollbrachte er die übliche Namensnennung. Kein Mensch verstand ihn. Victor Hugo war unwiderruflich

knock out. Taumelnd ging er auf die Bühne, um sich bei den Schauspielern zu bedanken. Für die zweite Aufführung wollte er das Stück abändern. Es war aber nicht mehr nötig, denn am folgenden Tage wurde das Drama, das nur von literarischer Bedeutung war und sein sollte, aus "politischen" Gründen verboten. - Mehr als 50 Jahre vergingen, bevor das Stück seine zweite Aufführung erlebte.

Peter Bang.

Ach die "gute, alte Zeit"!X

SPD. Ist Ihnen im Papstpalast in Avignon, in Ravenna oder in Urbino schon einmal der Gedanke gekommen: wie haben diese Leute damals gelebt? Reden wir lieber nicht davon! Jericho war, nach seinen Trümmern zu urteilen, ein Haufen engster Ställe ohne Dach, aus Schlamm, und die Tiere schliefen dort mit den Familien zusammen. Die "gute, alte Zeit" des Orients war nicht viel fortgeschrittener. Die Geschichten aus "Tausendundeine Nacht" sind wirklich Märchen, denn in diesen Verliesen von Harems gab es nicht den geringsten Komfort; man legte sich auf Bänke an den Wänden, und von Bädern war keine Rede.

Aber auch im neunzehnten Jahrhundert lag noch vieles im Argen. Da blieben die Damen von Paris mit ihren Wagen noch im Schlamm der Strassen stecken. Ahne Sie, was Napoleon gelitten haben muss, bei Sturm in der engen Kabine eines Segelschiffs, zwischen Alexandria und Marseille? Kommen Sie nicht mit Romantik! Bedenken Sie, in welcher Vereinsamung man damals lebte! Wenn jemand in Stambul starb, dann hörte man es drei Wochen später in London. Wenn in Deutschland ein Stammesherzog eine Revolte machte, wann erfuhren es die Gotenkönige in Ravenna? Und was trieben sie sonst den ganzen Tag? Auf die Jagd reiten, wenn das Wetter schön war, oder in Palästen sitzen, die keine Glasfenster hatten, keine Heizung, und die mit Fackeln erleuchtet wurden.

Nein, das waren alles ziemlich ungemütliche Lebensformen, und das Elend der armen Leute war grenzenlos. In den Slums von London starben im vorigen Jahrhundert jährlich tausende von Arbeitern, verkamen oder verhungerten einfach. Wieviel Menschen sind im vorigen Jahrhundert allein auf den Landstrassen Deutschlands zugrunde gegangen? Wer kümmerte sich um die alten Leute, die nicht mehr arbeiten konnten?

Das zwanzigste Jahrhundert wird einst als die Zeit gewaltiger sozialer und technischer Verbesserungen bezeichnet werden. Die Technik hat vieles möglich gemacht, was bis vor kurzem einfach als utopisch bezeichnet worden ist. Erinnern Sie sich, dass die heute Dreissigjährigen noch als Kinder Jules Verne lasen als eine Art phantastischer Lektüre, während heute doch alles Technische darin Wirklichkeit ist? Wissen Sie noch, dass in Bellamys Schmöcker einer idealen praktischen Zukunftswelt etwas eine Rolle spielte, das uns aufs abenteuerlichste reizte, nämlich das Radio!? Nein, Sie wissen es nicht mehr, denn Sie haben sich in den neun Jahren Radio so sehr daran gewöhnt, dass Sie sich eine Welt ohne diesen Apparat nicht mehr denken können. Auch das Telefon ist eine solche Selbstverständlichkeit geworden.

Vor fünfzig Jahren waren alle Grosstädte verschlafene, dunkle Nester mit einer kleinen Oberschicht Wohlhabender und einer Unmenge armer Leute, die zum Elend verurteilt waren. Aber dann standen in zwei Jahrzehnten neben den neuen Maschinen neue Menschen auf, die zum ersten Male die finsternen Begriffe des Mittelalters zerschlugen und die moderne Welt zu bauen begannen. Wo noch vor zehn Jahren in Kairo die Blinden sich in Ketten von Hunderten führten, da sausen jetzt die Autos der Volksführer, die zur Bezirksversammlung fahren. Stambul, wo die Elektrizität vor kurzem noch aus Angst vor Attentaten auf

den Sultan verboten war, ist ein Lichtmeer, das den Bosphorus erhellt. Durch die uferlosen Basare von Damaskus rollen die Wagen des Volksgesundheitsdienstes. Eine riesige Revolution hat die Welt erst wahrhaft wohnlich und menschenwürdig gemacht. Was in der "guten, alten Zeit" an Daseinswerten geboten worden ist, das erscheint winzig neben dem, was in den letzten Jahrzehnten zum Nutzen der breitesten Volksschichten geschaffen worden ist.

Martin Richard Möbius.

----- Sozialistische Dichterhilfe.^x -----

SPD. Am 23. November wurde von einer konstituierenden Versammlung führender Persönlichkeiten der sozialistischen Idee im Hause des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes die Sozialistische Dichterhilfe ins Leben gerufen. Sie hat zum Ziel, durch den Zusammenschluss von Persönlichkeiten und korporativen Beitritt von Verbänden und Vereinigungen den schwer ringenden sozialistischen Dichtern ihr heute doppelt notwendiges Schaffen wirtschaftlich zu erleichtern. Darüber hinaus soll - wenn irgend möglich - schon im Spätherbst 1933, wie auch in den folgenden Jahren, ein Jahrbuch der sozialistischen Dichterhilfe herausgegeben werden. Ohne doktrinaire Enge sollen in ihm die verschiedensten Strömungen sozialistischer Dichtung so eingefangen werden, dass das Jahrbuch zum Spiegelbilde des proletarischen Ringens der Zeit wird.

Der Monatsbeitrag beträgt 50 Pfennig und schliesst den Bezug des Jahrbuches in sich ein. Organisationen und Vereinigungen können sich selbst einschätzen; ihr Mindestbeitrag beträgt wie bei den Einzelpersonlichkeiten sechs Mark für das Jahr.

Die konstituierende Sitzung ermächtigte laut Statut einstimmig das Kuratorium, aus sich heraus den verantwortlichen Vorstand zu bilden. Sein erster Vorsitzender ist Staatsminister Grimme, zweiter Vorsitzender Albert Brodbeck, Generalsekretär des Volksbühnenverbandes, Schriftführer Lothar Erdmann, Schatzmeister und geschäftsführender Sekretär Bruno Schönland; Beisitzer sind Carl Fehsel, Vorsitzender des deutschen Arbeiter-Sängerbundes, und Schriftsteller Friedrich Wendel.

Zuschriften an die S.D.H. sind zu richten an Bruno Schönland, Berlin-Zehlendorf, Waldhüterpfad 69. Beiträge sind zu überweisen auf das Postscheck-Konto der Arbeiterbank, Berlin, Kontonummer 141528, für "Sozialistische Dichterhilfe".

SPD. Drohbriefe.^x Herr Mäderich nahm einen Brief in Empfang. "Saachse mal, Herr Bosdrad," wandte er sich an den Briefträger, "Sie wissen doch doch middm Gesetz Bescheid?"

"Das gommd drauf an, um was sich's handelt," gab der Postbote zur Antwort

"Saachse mal, Drohbriefe sinn doch schdraufbar?"

"Das schdimmd."

"Ich grieje nämlich seid ä baar Wochen andauernd Drohbriefe."

"Das brauchen Sie sich nich gefallen zu lassen. Was schdehd denn da drin? Es bedrohd Sie wohl einer middm Dode?"

"I, gein Gedanke. Die Briefe schdammen von der Firma Leberecht Wallerschdein. Die griejn von mir noch Geld. Und da schreiben die mir nun, wenn ich nich bald bezahle, da wirdn die mich verglaachn."

Preussischer Landtag

22. Sitzung am Freitag, 25. November 1932, 12,15 Uhr.

SPD. In der Freitagsitzung des Landtags verlangt Abg. Schettkut (Komm) die sofortige Erledigung eines Antrages seiner Fraktion, der Hilfsmassnahmen für die Hauff-Fischer anlässlich der Hauffkrankheit fordert. Mit grosser Mehrheit wird der kommunistische Antrag angenommen.

In der fortgesetzten politischen Aussprache über den Abschnitt "Regierung der Reichskommissare in Preussen" begründet Abg. Kasper (Komm) die von seiner Fraktion vorgelegten Anträge, die vor allem den Rücktritt der Reichskommissare verlangen.

Abg. Dr. Hamburger (Soz):

Die Sozialdemokratie stimmt den Ausführungen zu, die Minister Hirtsfelder namens des Staatsministeriums über den Gewaltstreich vom 20. Juli gemacht habe. Der Einfluss der Demokratie sei erst beseitigt worden, seitdem es im Landtag eine Mehrheit gebe, die aus Kommunisten und Nationalsozialisten zusammengesetzt sei. Erst seitdem glaube man, dass man auf den Willen des Parlaments keine Rücksicht mehr zu nehmen brauche (Unruhe und Lachen b.d. Natsoz. und Komm.). Die Verordnung vom 18. November widerspreche dem Leipziger Urteil und stelle eine Verhöhnung des im Urteil ausgesprochenen Appells auf Verständigung dar (Sehr wahr! b.d. Soz.)

In diesem Streite, fährt der Redner u.a. fort, hat die Regierung Braun es nicht zu tun mit einem Partner, der gewillt ist, auf den Boden des Rechts zu treten, sondern mit einem Partner, der lediglich darauf Bedacht nimmt, seine Macht auszuüben. Es handelt sich hier um einen Prozess des Rechts gegen die Macht. Für den Unterausschuss des Hauptausschusses ist der nationalsozialistische Vorsitzende Hinkler zum Reichskommissar Bracht gegangen, um ihn zu fragen, warum denn die Reichskommissare vor den Staatsgerichtshof gegangen seien, wenn sie nun nicht den Leipziger Spruch ausführen wollten. Bracht habe erwidert: "Wir glaubten eben in vollem Umfang Recht zu bekommen; sonst wären wir garnicht nach Leipzig gegangen!" (Hört! Hört! links). Es wird Aufgabe der Arbeitnehmerschaft sein, dem Rechtsgedanken, der jetzt beleidigt und mit Füissen getreten wird, erneut zum Siege zu verhelfen durch Wiederherstellung ihrer Machtposition (Rufe b.d. Komm.: Wie wollt Ihr das machen?). Wir wollen das erreichen, indem wir die Mehrheit von Nationalsozialisten und Kommunisten wieder zerschlagen. Das ist die Voraussetzung zur Beseitigung jeder Art von Diktatur im Deutschen Volk (Händeklatschen b.d. Soz.) Die jetzige autoritäre Reichsregierung, wie sie sich nennt, hat die höchste Autorität, die des Rechts, vernichtet. Der sonst so rundfunkfreudige Reichskanzler von Papen hat durch den Rundfunk zwar das Kabinett Braun und höhere Beamte beschimpft; trotz dem das Leipziger Urteil diese Beschimpfungen als zu Unrecht ergangen erklärt hat Herr von Papen sie nicht zurückgenommen. Was gab Herrn von Papen überhaupt das Recht, sich so vom Kabinett Braun zu distanzieren, da er doch selbst vor noch garnicht langer Zeit im Landtag seine Stimmkarte für Vertrauensvoten für das Kabinett Braun abgegeben hat. In der Theorie wird heute der Gedanke des Rechtsstaats von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten vertreten. Deshalb haben z.B. die Nationalsozialisten sich im Polizeiuntersuchungsausschuss für die kommunistischen Reichstagsstränge eingesetzt (Rufe b.d. Natsoz: "Wir sind objektiv!"). Herr von Papen hat im Falle des Beuthener Urteils zum Ausdruck gebracht, dass die rechtliche Beurteilung einer Tat niemals davon abhängig sein könne, welcher Partei der Täter angehört; in der Praxis freilich sieht es ganz anders aus. Da hat der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl dem Kabinett Braun sogar die Berechtigung absprechen wollen, vor dem Staatsgerichtshof gegen die Einsetzung der Reichskommissare zu klagen, während jetzt der Nationalsozialismus so tut, als ob er selbst in der Opposition

gegen die Reichskommissare stehe. In der Praxis will auch Herr von Papen das Recht gegenüber Preussen nicht gelten lassen.

Der Redner erinnert dann an die verschiedenen Versuche der Nationalsozialisten an die Führung der Reichspolitik zu kommen. Er sagt: Nach dem 24. November steht fest: Deutschland wird nicht faschistisch. In Deutschland wird niemals Adolf Hitler und der Nationalsozialismus zur Macht gelangen. (Händeklatschen b.d. Soz.; - Lärm und Zurufe b.d. Natsoz.). Der Weg vom Kaiserhof zur Reichskanzlei ist zwei Minuten; aber Adolf Hitler wird ihn in einer Ewigkeit niemals zurücklegen (Händeklatschen links; Lärm b.d. Natsoz.). Adolf Hitler, der sich für Theater interessiert, hat kürzlich die Meistersinger sich angesehen. Er hätte Anlass gehabt, vor dem 13. August den Sommernachts Traum, vor dem 24. November das Wintermärchen und nach dem 24. November der Widerspenstigen Zähmung anzusehen, dass das letztere ist es, was jetzt mit den Nationalsozialisten geschieht (Heiterkeit und Beifall links). Die Regierung Papen, die sich eine Regierung der Autorität nennt, hat in der Tat in bezug auf parteipolitische Betätigung alles übertroffen, was bisher vorhanden war und sie hat es weiter fertiggebracht, die Kluft zwischen Nord- und Süddeutschland erneut aufzureissen. Der deutschnationale Reichsminister von Gayl will Preussen zerschlagen; während hier im Landtag Deutschnationale wie Herr Steinhoff u. a. wiederholt betont haben, dass der Föderalismus und Preussen erhalten bleiben müssten. Wir sind Anhänger des unitarischen Staatsgedankens. Aber die Stärkung der Reichsgewalt muss sich gleichmässig gegenüber allen Ländern durchsetzen (Sehr wahr! b.d. Soz.). Niemals haben wir den Standpunkt vertreten, dass Preussen aufgelöst werden darf bei gleichzeitiger Stärkung der Macht der süddeutschen Länder. Gegen das System der Deutschnationalen, gegen das System des Verrats Preussens durch die allerpreussischste Partei setzen wir unsere Auffassung vom unitarischen Gedanken (Beifall b.d. Soz.).

Im Verlauf einer Betrachtung von Einzelheiten aus der kommissarischen Regierungspraxis erwähnt der Redner u. a., dass Reichsminister Popitz bei der kommissarischen Uebernahme des preussischen Finanzministeriums gesagt habe, er wolle dafür sorgen, dass die preussischen Finanzen aufrecht stehen. In der Tat aber sei das preussische Defizit, das 40 Millionen betrug, als Klepper ging, jetzt auf fast 200 Millionen angewachsen (Hört! hört! b.d. Soz.). Die Deutschnationalen hätten erklärt, sie brauchten bei ihren guten Beziehungen zur kommissarischen Regierung den Landtag garnicht. Wir fragen die Deutschnationalen, so erklärt der Redner: Was haben Sie bei Ihren guten Beziehungen zur Durchführung Ihrer alten Ziele getan, etwa zur Aufhebung der Schlachtsteuer? (Sehr gut! links). Die Nationalsozialisten, die sich als noch schärfere Bekämpfer der "marxistischen Misswirtschaft" hinstellten, sähen da, wo sie selbst an der Macht seien, wie in Mecklenburg, Braunschweig und Oldenburg, keine andere Möglichkeit, als nachzumachen, was das Kabinett Braun zur Aufrechterhaltung des Etatsgleichgewichts für erforderlich hielt; die Nationalsozialisten führten nicht nur die Schlachtsteuer gleichfalls ein, sondern sie kürzen die Beamtengehälter sogar noch mehr, als es in Preussen und im Reich sich als notwendig erwies. In Preussen aber wolle Herr Bracht nichts als die Herrschaft der Feudalkliquen wieder aufrichten, wobei zugleich die sozialen und kulturellen Errungenschaften wieder beseitigt würden. Die Personalpolitik der Kommissare, die reinste deutschnationale Parteipolitik sei, werde in dem von den Sozialdemokraten verlangten Untersuchungsausschuss nachgeprüft werden. Das viermonatige deutschnationale Regiment habe in Preussen nur Misswirtschaft erzeugt und müsse verschwinden. (Beifall links).

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der es heisst: Keine der schweren Pflichtverletzungen, welche die Reichsregierung den preussischen Ministern vor aller Welt zum Vorwurf machte, hat sich nach den Feststellungen des Staatsgerichtshofs als richtig herausge-

stellt. Trotzdem hat die Reichsregierung unter Zuhilfenahme des Artikels 48 durch Erlass vom 18. November d. J. die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen dem preussischen Staatsministerium und den Reichskommissaren in einer Weise abgegrenzt, die mit dem wahren Sinn und Willen des Urteils nicht in Einklang steht. Die Zentrumsfraktion sieht sich genötigt, erneut und entschieden Rechtsverwehrung einzulegen gegen die willkürliche Handhabung der Reichsverfassung, die in den Massnahmen der Reichsregierung liegt. Sie hält es im Interesse von Staat und Reich für ihre und des Landtags dringendste Aufgabe, den gegenwärtigen unerträglichen Zustand zu beseitigen. Die Zentrumsfraktion wird zur Sicherung einer einheitlichen Staatsführung in Preussen ihr ganzes politisches Bemühen auf die schleunige Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände richten.

Abg. Schwarzhaupt (DVP) erklärt, der Staatsgerichtshof sei nicht angerufen worden, um eine theoretische Rechtsgrundlage, sondern, wie es der Zweck jeder Rechtsentscheidung sei, praktisches Recht, d. h. Ordnung zu schaffen. Dieses Ziel, fährt der Redner fort, ist nicht erreicht worden. Die Unordnung in der Regierungsführung, in der Verwaltung, im Verhältnis zum Parlament ist grösser geworden. Wir haben jetzt zwei Regierungen in Preussen, von denen die eine die Macht hat, und die andere in ihren Befugnissen auf Ausserlichkeiten und eine gewisse Repräsentation beschränkt ist, ohne tatsächlich Macht zu besitzen. Wir als Landtag sind in die Lage versetzt, dass wir zwar tausend Dinge, Anträge, Entschliessungen usw. verhandeln können, aber keine Einwirkung auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Preussen haben. Das ist ein des Landtags unwürdiger Zustand, der das Parlament der Gefahr der Lächerlichkeit aussetzt. Es ist Pflicht des Landtags, diesen Zustand sobald als möglich zu beseitigen.

Abg. Sandtner (Komm) nennt es bezeichnend, dass in dieser Aussprache die Nationalsozialisten überhaupt nicht das Wort genommen haben. Das zeige die Angst, die die Faschisten vor der revolutionären Arbeiterschaft hätten. Die Bourgeoisie hebe sich Hitler für schwerere Tage auf. Aber der Volkssturm sei im Rollen (grosse Heiterkeit) und er werde aufräumen, so wie es die Sowjetarbeiter vor 15 Jahren getan hätten.

Damit ist die Behandlung des ersten Abschnitts der Tagesordnung über den Verfassungstreit erledigt. Das Haus wendet sich dann der Besprechung der unter den Abschnitten "Finanznot der Gemeinden" und "Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen" zusammengefassten Anträge zu.

Frau Abg. Christmann (Soz)

widerspricht der Auffassung, als ob Deutschland ein Wohlfahrtsstaat sei. Es ist, so betont die Rednerin, unter dem Regime Papen ein rigoroser Abbau der Sozialpolitik erfolgt, die in den vergangenen Jahren unter sozialdemokratischer Führung mühsam aufgebaut worden ist. So ist die Lage der Arbeiterschaft geradezu tristlos geworden. Tausende von Schulkindern bekommen kein Frühstück auf den Weg, und auch die Schulspeisungen werden eingeschränkt. Die Folgen des Sozialabbaues in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung sind verheerend. Die Rednerin führt einige Beispiele für die Verwahrlosung der Jugendlichen an. Das Wort vom "Wohlfahrtsstaat Deutschland" sei eine Verhöhnung des deutschen Volkes. Für den Kurs der Reichskommissare sei die Auflösung des Wohlfahrtsministeriums und die Aufhebung der Gewerbeaufsicht für Frauen- und Kinderarbeit bezeichnend.

Abg. Lingens (Ztr) spricht von der Not der Landgemeinden und der Kreise. Auch diese stünden ebenso wie die grossen Städte unmittelbar vor dem Zusammenbruch und der Unmöglichkeit, die Erwerbslosenunterstützungen weiter zu zahlen. Die Gemeinden des früher besetzten Gebietes, fährt der Redner fort, haben ausserdem heute noch die Kosten für Besatzungsschäden aufzubringen. Die gesamten städtischen Steuereinnahmen reichen längst nicht aus, auch nur die

Wohlfahrtslasten aufzubringen. Bei der neuen Schlüsselung werden die Personen ausgeschaltet, die länger als drei Jahre arbeitslos sind. Diese Bestimmung betrifft besonders das früher besetzte Gebiet, das zudem in der Inflationszeit sich nicht einen solchen Auf- und Ausbau leisten konnte wie andere Gemeinden. Es ist nötig, dass die Arbeitslosenhilfe aus den Gemeindehaushaltsplänen losgelöst wird. Die Selbstverwaltung der Gemeinden muss wieder gestärkt werden. Die Gemeinden sind lediglich noch die Zahlstellen für den Staat.

Abg. Koenen (Komm) stellt fest, dass die Vorredner zwar von dem unausbleiblichen Zusammenbruch der Gemeindefinanzen gesprochen hätten, aber kein Mittel wüssten, einen Ausweg zu finden.

Abg. Hinkler (Natsoz.): Von den Nationalsozialisten kann man nicht verlangen, dass sie in den Ländern, in denen sie heute an der Regierung sind, von heute auf morgen Milch und Honig fließen lassen. Die Kommunisten haben im Hauptausschuss ausdrücklich gesagt, für sie sei das Parlament nur ein Agitationsmittel zur Steigerung der Verwirrung. Damit haben die Kommunisten ihre ganze Tätigkeit im Parlament selbst als lächerlich charakterisiert (Sehr wahr b.d.Natsoz.; - Lärm b.d.Komm.). Es muss der deutschen Öffentlichkeit immer wieder gesagt werden, dass die Kommunistische Partei keine deutsche Bewegung sei, sondern eine Partei, die ihre Anweisungen von Moskau erhält (Sehr wahr! b.d.Natsoz.; Lachen b.d.Komm.). Ewig wird der Reichskanzler von Papen und der Reichskommissar Ihr (zu den Komm.) ehrenamtlicher Propagandachef auch nicht sein. Wenn wir erst an der Macht sind, ist es zuende mit Ihnen (Beifall b.d.Natsoz.). Die Deutschnationalen haben hier erklärt, dass sie sich an den Arbeiten des Landtags nicht mehr beteiligen wollten (ironisches Bravo b.d. Natsoz.). Die Deutschnationalen haben erklärt, dass sie sich direkt an den, man kann wohl sagen, deutschnationalen Reichskommissar wenden würden. Der Reichskommissar führt den Ausverkauf Preussens durch, ohne sich der gesetzmässigen Volksvertretung gegenüber für verantwortlich zu halten. Mir hat auf Befragen Dr. Bracht gesagt, der Preussische Landtag sei gegenstandslos geworden (Hört! Hört! b.d.Natsoz.). Wir erklären dazu: Wenn dieser ungesetzliche Art nicht beschleunigt, evtl. auf dem Wege über eine ordnungsmässige Reichsgewalt, die tragbar ist, bereinigt wird, wird es ein Ende mit Schrecken geben. Wir warnen dringend, den Bogen zu überspannen, über allem stehen die Belange der gesamten Nation. Ihnen gegenüber haben die Forderungen einer kleinen Minderheit ohne Volk in den Hintergrund zu treten.

Als dann

Frau Wachenheim (Soz)

das Wort erhält, verlassen die Nationalsozialisten den Sitzungssaal. Die Rednerin meint gegenüber dem Vorredner, wenn Herr Hinkler (Natsoz) erkläre, dass nur unter dem Staatsmann Hitler auch die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden könne, so sei festzustellen, dass der führende Schriftsteller der Nationalsozialisten in seinem 7½ Seiten umfassenden Brief an den Reichspräsidenten weder unter römisch A noch unter römisch B ein Wort darüber gesagt habe, wie man für die Arbeitslosen sorgen wolle. Die unsoziale Politik des Kabinetts von Papen zeige sich in der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung, durch die die Arbeitslosen schwer geschädigt wurden. Die Rednerin erörtert Einzelheiten dieser Neuregelung und kommt zu dem Schluss, dass es notwendig sei, die Arbeitslosenbetreuung in der alten Form wiederherzustellen.

Herr Hinkler, so fährt Frau Wachenheim fort, hat gesagt, die Finanznot der Gemeinden ginge zum Teil auf die falsche Anleihe-Politik zurück. Für diese Anleihepolitik aber ist der jetzige finanzielle Ratgeber der NSDAP, Herr Dr. Schacht, verantwortlich (Sehr wahr, b.d.Soz.). So mangelhaft wie die augenblickliche Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung ist, so mangelhaft ist sie auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrtspflege. Die Rednerin wendet sich ausführlich gegen den neuen Bürgergesetzentwurf, wonach u.a.

die Fürsorgeerziehung mit dem 19. Lebensjahre enden soll. Dieser Erlass sei sachlich mangelhaft und praktisch undurchführbar; er zeige, dass die Bürokratie kein Talent zur Gesetzgebung habe. Die Sozialdemokraten beantragten, dass die notwendigen Mittel bereitgestellt würden, um die Aufgaben durchzuführen, die sich dadurch ergeben, dass neunzehnjährige Jugendliche plötzlich aus der Fürsorgeerziehung auf die Strasse gesetzt werden, ohne dass man sich um sie kümmert. Selbstverständlich sei in der heutigen Zeit der Reaktion ein Teil der Öffentlichkeit gleich dabei, zu verlangen, dass durch Notverordnung ein Bewahrungsgesetz gemacht werden, auf Grund dessen die Jugendlichen unterzubringen wären. Die Sozialdemokraten widersprächen einem durch Notverordnung verfügten Bewahrungs-Gesetz wegen der dabei zu befürchtenden starken Eingriffe in die persönliche Freiheit, mit denen man den Boden des Rechtsstaates noch mehr verlassen würde. Solche mangelhaften Gesetzgebungen für die Zukunft unmöglich zu machen, sei das Ziel der Sozialdemokratie, das sie erreichen wolle durch die Wiederherstellung der Volksrechte und eines arbeitsfähigen Parlaments. Dann erst schlage die Stunde der sozialen Erneuerung. (Beifall b.d. Soz.)

Abg. Rütten (Ztr): Im Industriegebiet gibt es Städte mit 400 Unterstützten auf 1000 Einwohner. Bemerkenswert ist, dass die Gewerbesteuerzuschläge im Ruhrgebiet bedeutend höher sind als im übrigen Reich. Das Ruhrgebiet muss als Notstandsgebiet anerkannt werden. Den ehemals besetzten westlichen Gebieten muss durch geeignete Massnahmen besondere Hilfe zuteil werden. Die Unterstützungssätze der Erwerbslosen und Rentenempfänger müssen erhöht werden. Die Knappschaftspensionskassen müssen durch Reichszuschüsse saniert werden. Auch durch Hilfe für das Handwerk und Kleingewerbe können die Gemeindefinanzen gebessert werden. Die Erwerbslosen aus dem dichtbevölkerten Westen müssen bei der Ostsiedlung besonders berücksichtigt werden.

Abg. Fechner (Soz) hält den Nationalsozialisten und Kommunisten vor, dass sie keine Wege gezeigt hätten, wie den Gemeinden geholfen werden könne. Die Anträge der Sozialdemokratie seien geeignet, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Damit schliesst die Aussprache über die Gemeindefinanzen- und Erwerbslosenfragen. Sonnabend 10 Uhr Aussprache über Sondergerichte und BVG-Streik.
- Schluss gegen 18 Uhr.
